

# Volkswoch

für Schlesien · Organ für die werktätige Br

Die „Volkswoch“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, Matthiasstraße 100, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.37 Reichsmark + 8 Pfennig Trägerlohn — 0.45 Reichsmark, monatlich 1.33 Reichsmark + 35 Pfennig Trägerlohn — 1.90 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2.26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter Text 20 Pf. Familienangelegenheiten 10 Pf. Kleine Anzeigen bis vormittags 11 Uhr abgegeben werden. — Fernspre. Postfachkonto: Breslau 5852. Z.

**AKTIVITÄT**  
**DISZIPLINE**  
**REINIGKEIT**

Gegen Hitlerbarone

1 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unterhalb 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer Expedition Flurstraße 4/6 oder in der Zweigstelle Nr. 21737 und 21739, Redaktion Nr. 21738. r. Angestellten und Beamten, Illust. Breslau.

Einzelnummern 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt.

10 Beilagen

Einzelnummern 10 Pf.

43. Jahrgang

Dienstag, den 26. Juli 1932

Nr. 173

## Ueberwachungsaustrich gegen Bayerns Breuken-Aktion

### Aufhebung wegen der Verfassungswidrigkeit der Aktion beschlossen — Einmütige schärfste Verurteilung der Reichsregierung

Am Montag trat der Ueberwachungsaustrich des Reichstages in Gegenwart des Herrn v. Bayern, des Reichsinnenministers v. Gahl und des Reichswehrministers v. Schleier zusammen. Die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, das Landvolk und die Wirtschaftspartei waren nicht vertreten. Als erster Punkt der Tagesordnung wurden die Anträge zu den Notverordnungen vom 20. Juli 1932 verhandelt. Die Sozialdemokraten beantragten die Aufhebung der beiden Notverordnungen über die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen und über den Ausnahmezustand. Das Zentrum verlangte außerdem noch Maßnahmen zur Sicherung der Wahlfreiheit. Diefen Antrag schlossen sich die Sozialdemokraten ebenfalls an.

Zunächst erhielt zur Begründung der sozialdemokratischen Anträge

Abg. Breitsheld (Soz.)  
Nach Artikel 48 der Reichsverfassung ist die Voraussetzung der Reichsexekutive gegenüber einem Lande gegeben, wenn dieses Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt.

Dieser Zustand war in Preußen in keiner Weise vorhanden.

Die amtlichen und halbamtlichen Kommentare zu der Maßnahme der Reichsregierung (die Notverordnung selber enthält überhaupt keine Begründung) lassen jede ernst zu nehmende Erklärung, worin die Pflichtverletzung oder Pflichtveräußerung der preußischen Regierung bestanden haben soll, vermissen und wir warten bis zum heutigen Tage vergebens auf eine wirklich ernst zu nehmende Begründung.

Nun kann bekanntlich nach Artikel 48, Absatz 2 der Reichsverfassung auch dann, wenn im Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gefährdet oder gefährdet werden, die zur Wiederherstellung der Sicherheit und Ordnung erforderlichen Maßnahmen ergreifen. Man kann sich auf den Standpunkt stellen, daß es mit der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zur Zeit in Deutschland schlecht, ja sehr schlecht bestellt ist.

Wird durchstößt die Straßen, kein Tag vergeht ohne Zusammenstöße und blutige Konflikte, kurz, es sind Zustände eingetreten, die eines Kulturstaates unwürdig sind.

Das aber gilt, wie ich ausdrücklich betone, nicht nur für Preußen, sondern für das ganze Reich, und es ist gänzlich unverständlich, warum gerade das Land Preußen unter die besonderen Maßnahmen gestellt werden muß. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die preußische Regierung und ihre Behörden alles getan haben, um gegen die Aufrührer vorzugehen und sie zur Verantwortung zu ziehen. Alle gegenteiligen Behauptungen, die von der Reichsregierung und von ihr nahestehenden Organen aufgestellt werden, entbehren jeder Begründung.

Da ist zunächst die These, die preußische Regierung sei gegenüber der kommunistischen Partei nicht frei gewesen. Und habe also infolgedessen nicht die Möglichkeit gehabt, kommunistische Uebergriffe mit der genügenden Schärfe zurückzuweisen. Wahrscheinlich hat die Reichsregierung hier eine Analogie zu den Verhältnissen schaffen wollen, die im Jahre 1923 zu dem Eingreifen im Freistaat Sachsen Veranlassung gegeben haben. Ich gehe auf die damaligen Vorkommnisse nicht ein und stelle nur fest,

daß es geradezu absurd ist, der preußischen Regierung eine Gebundenheit an die Kommunisten nachzusagen.

Es dürfte der Reichsregierung doch auch nicht unbekannt sein, daß die Kommunisten bis in die allerletzte Zeit hinein zu der Regierung Braun-Seydewitz in dem denkbar schärfsten Gegensatz geblieben haben. Sie haben gemeinsam mit der nationalsozialistischen Partei, von der geduldet zu werden, die Regierung Bayern sich nicht scheut, gegen das preußische Kabinett Sturm gelaufen. Ja, sie haben vor einem Jahr zusammen mit den Reichsparteien das Volksbegehren gegen diese Regierung durchgeführt. Die persönliche Kritik, die die kommunistischen Redner und Zeitungsreiber an den Mitgliedern der preußischen Staatsregierung geübt haben, war nicht minder scharf, als die, deren sich die Nationalsozialisten beileigen. Wie in aller Welt kann man da eine Gebundenheit an die Kommunisten oder gar eine Verbundenheit mit ihnen konstruieren? Wenn man der preußischen Regierung Mangel an Energie gegenüber den Kommunisten vorwirft, so läßt sich das höchstens so erklären, daß die Reichsregierung der Auffassung ist, es müßten die Kommunisten scharfer angefaßt werden als jene radikale Reichspartei, die ebenfalls die Bekämpfung der Verfassung ablehnt und die Verfassung sowohl wie die Verhältnisse, die sich in ihr spiegeln, mit den Mitteln des Terror und der Gewalt bekämpft. Zu einer solchen Auffassung kann man gelangen, wenn man sich daran erinnert, daß für die Umbildung des Reichstages ein Antrag des Reichstages in der letzten Sitzung, in dem sehr bedeutende Fälle standen. Es blieb

da etwa, die kommunistischen Stimmen dürften moralisch nicht ebenso bewertet werden, wie die der anderen Parteien. Diese Fälle sind nachträglich gestrichen worden, aber sie waren bereits durch das amtliche Telegrammendruck verbreitet. Es scheint also in den Kreisen der Regierung eine Ansicht zu herrschen, der aufschrei widerproben werden muß. Wir mögen zur SPD stehen, wie wir wollen, und sie wissen, daß die Sozialdemokratie die schärfsten Auseinandersetzungen mit ihr zu führen hat, jedenfalls aber ist diese Partei völlig gleichberechtigt, und es ist nicht Sache des Reichskanzlers, den Wert ihrer Wahlstimmen anders einzuschätzen, als die der anderen Parteien.

Außerdem aber haben die politischen Gruppen, mit deren Unterstützung die gegenwärtige Reichsregierung zur Macht gelangt ist, die kommunistischen Stimmen niemals moralisch unterbewertet, wenn sie mit ihnen zusammen, sei es beim Volksbesuchen, sei es in den Parlamenten, sich gegen die Regierung wandten.

Und der Reichsinnenminister, Freiherr von Gahl, hat es nicht unter seiner Würde gehalten, im Preussischen Staatsrat bei der Behandlung des Ausnahmegesetzes seine Stimme mit den moralisch minderwertigen der Kommunisten zu vereinen.

Nun aber wird weiter behauptet, daß ein hoher preussischer Beamter, gemeint ist der Staatssekretär im Ministerium des Innern, geradezu mit den Kommunisten konspiriert habe.

Ein Beweis ist nicht erbracht und wird nicht zu erbringen sein.

Aber wenn ein solcher Verdacht in den Kreisen der Reichsregierung auftaucht, so war es ihre Pflicht, unter Vorlegung von Beweismitteln bei der preussischen Regierung vorstellig zu werden und auf Abhilfe zu dringen. Bevor sie Artikel 48 in Anwendung brachte, hätte sie den Artikel 15 der Reichsverfassung benutzen können. Das ist nicht geschehen, sondern sie hat ohne weiteres zu den schärfsten Maßnahmen gegriffen.

Andere Argumente, die ebenfalls angeführt worden sind, übergehe ich einstweilen, und nur ganz nebenbei erwähne ich den törichten Hinweis darauf, daß in Preußen keine Re-

gierung vorhanden gewesen sei, die eine parlamentarische Mehrheit besaßen habe.

Gerade die Rechtsparteien, die den Reichskommissar für Preußen forderten, haben es abgelehnt, die Wahl des Ministerpräsidenten vor dem 31. Juli vorzunehmen.

Und wenn jede Regierung, der eine parlamentarische Mehrheit fehlt, unter Aufsicht gestellt werde, so gibt es dieser Regierung noch mehr in Deutschland und nicht zuletzt die, die gegenwärtig im Reich amtiert.

Indessen, ein Wort muß noch hervorgehoben werden, das der Reichskanzler in der kritischen Besprechung gegenüber dem Minister Seydewitz gebraucht hat. In die Enge getrieben, hat er schließlich erklärt, daß Gründe der Staatsraison ihn zu dem Vorgehen gegen Preußen bestimmet hätten.

In dem Artikel 48 der Verfassung ist von Staatsräson keine Rede.

Staatsräson ist ein sehr gefährlicher Begriff, der das Recht verletzen will.

Der Staat: über will kann sich immer auf die Staatsräson berufen.

Und Staatsräson ist es dann wohl auch gewesen, die die Reichsregierung resp. den Reichskommissar zu der widerrechtlichen Absetzung von Ministern und Beamten bestimmt haben. Was diese Absetzung betrifft, so berufe ich mich auf das unaussprechbare Gutachten des Professors Anshütz. Aber wie man vorgegangen ist, wird am besten illustriert durch jene Ausflucht, die der Vertreter der Reichsregierung vor dem Staatsgerichtshof benutzt hat. Fünf Minister sind abgesetzt worden; weil sie einer Einladung, auf der Herr von Bayern als preussischer Ministerpräsident firmierte, nicht Folge geleistet haben. Jetzt heißt es, daß bei dieser Firmierung ein Skandalus vor- gekommen sei.

Der Fehler liegt also durchaus auf der Seite des Reichskommissars.

wie haben aber nichts davon gehört, daß die auf diesem Fehler beruhende Entlassung der Minister rückgängig gemacht worden sei.

Alles in allem.

das ganze Vorgehen gegen die preussische Regierung entbehrt der Rechtsgrundlage.

## Die Absetzung der preussischen Minister ungültig

### Die preussischen Staatsminister zur Vorentscheidung des Staatsgerichtshofs

Die preussischen Staatsminister erklären zu der Entscheidung des Staatsgerichtshofs:

Die verschiedentlich verbreitete unrichtige Meldung, daß Preußens Klage vom Staatsgerichtshof abgewiesen worden sei, bedeutet eine unverantwortliche Verfälschung der öffentlichen Meinung. Der Staatsgerichtshof hat zu der Klage überhaupt noch keine Stellung genommen. Er hat nur einstweilige Anordnungen abgelehnt.

Auch in der Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof hat die Reichsregierung keinen einzigen Fall einer Pflichtverletzung der preussischen Staatsminister auch nur behauptet, geschweige denn bewiesen. Die Reichsregierung hat sich geweigert, irgendwelches Material für die Gründe ihres einzig dastehenden Vorgehens zu geben. Sie hat sich hinter der formalen Bestimmung des Gesetzes verhalten, wonach ohne ihre Zustimmung erst nach Ablauf von zwei Wochen zur Sache verhandelt werden kann.

Aus diesem Grunde war der Staatsgerichtshof, wie die preussischen Minister anerkennen, nicht in der Lage, sofort zur Rechtsfrage irgendwelche Stellung zu nehmen. Wenn der Staatsgerichtshof auch einstweilige Anordnungen abgelehnt hat, so geschah dies ebenfalls nicht aus dem Grunde, weil die preussische Staatsregierung nicht im Rechte wäre — denn sie ist im Rechte — sondern weil der Staatsgerichtshof ihr vor Ablauf von zwei Wochen das Recht nicht zusprechen darf.

Die Verhandlung hat aber schon jetzt Folgendes ergeben:  
1. Der Reichskanzler und die Reichskommissare nehmen nicht mehr das Recht für sich in Anspruch, als preussischer Ministerpräsident und preussische Staatsminister zu fungieren, wie sie es am Anfang wiederholt getan haben. Sie geben also ihr Unrecht in dieser Beziehung zu.  
2. Daß die Einladung an die preussischen Minister sich

refer, Schreiber, Schmidt, Steiger, Grimme und Klepper vom Reichskanzler zu einer preussischen Staatsministerklausur unter der Bezeichnung als „preussischer Ministerpräsident“ erging, wie von der Reichsregierung jetzt als „Skandalus“ bezeichnet.

3. Die bloße Tatsache, daß die preussischen Minister dieser unrichtigen Einladung nicht gefolgt sind, war der einzige ihnen für ihre Amtsenthebung angegebene Grund.

Alle diese Umstände betreffen den Standpunkt des Staatsministeriums, daß die Absetzung der preussischen Minister unzulässig, ungültig und ohne rechtliche Bedeutung ist.

Alle hervorragenden Autoritäten auf dem Gebiete des Staats- und Verfassungsrechts, die sich bisher geäußert haben, darunter die Universitätsprofessoren Anshütz, Sieff, Heller, Peters, Rothemann und Walbecker, haben gleichfalls ausgesprochen, daß hier eine Verfassungsverletzung vorliegt.

Durch die Ereignisse sind die preussischen Beamten in schwere Gemütskämpfe verwickelt worden. Die Staatsminister haben sich in ihrem eigenen Verhalten und in ihren Anträgen vor dem Staatsgerichtshof in besonderem Maße leiten lassen von dem Wunsch, die Beamten so schnell wie möglich aus diesen Gemütskämpfen zu befreien. Da nach der Auffassung des Staatsgerichtshofs der Schwerezustand andauern muß, bitten die preussischen Staatsminister alle Beamten, auszuhalten in treuer Pflichterfüllung zum Wohle des Preussischen Staates. Den Beamten, die zurzeit an der Ausübung ihrer Pflichten gehindert sind, sprechen die preussischen Staatsminister für ihre Pflichterfüllung und ihre ledigliche Haltung vom Geboten an das Wohl des Staates bestimmte Haltung ihren besonderen Dank aus. Sie betrachten es als ihre Pflicht, jeglicher Unterstützung nach Kräften von ihnen abzuwenden.



# Macht vor Recht

## Die vorläufige Entscheidung des Staatsgerichtshofs

Der Staatsgerichtshof hat am Montag den Antrag der von der Papen-Regierung für abgelehnte Preußen-Regierung auf Erlass einer einstweiligen Verfügung zurückgewiesen.

Es soll Optimisten gegeben haben, die vom Staatsgerichtshof einen anderen Spruch erwartet haben, die geglaubt haben, daß der Staatsgerichtshof im Wege der einstweiligen Verfügung wenigstens gewisse Dinge regeln werde, die so, wie sie heute sind, die Unhaltbarkeit des durch die Einziehung des Reichskommissars geschaffenen Zustandes ganz klar hervortreten lassen, so unter anderem die Frage der Vertretung Preußens im Reichsrat. Diese Optimisten haben durch den Spruch des Staatsgerichtshofs eine Enttäuschung erfahren. Wir glauben nicht, daß die sozialdemokratischen Arbeiter zu diesen Optimisten gehört haben. Sie wissen seit Längerem, daß, wenn die Reaktion die tatsächliche Verfassung zu Ungunsten der Arbeiterschaft verändert, die Arbeiterschaft selber dazu tun muß, um die tatsächliche Verfassung Deutschlands wieder auf den Boden der Freiheit und der Demokratie zurückzuführen. Die sozialdemokratischen Arbeiter wissen, daß sie selbst in ihrer Masse den Staatsgerichtshof bilden müssen, der die Entscheidung gegen die Reaktion trifft und daß es ihre Aufgabe ist, diese Masse so klar, so bewußt und so wuchtig wie möglich in die Erscheinung treten zu lassen.

### Das ist die Aufgabe des 31. Juli!

Die Umgestaltung der tatsächlichen Verfassung, der gegenrevolutionäre Wechsel des Systems in Preußen ist erfolgt durch die Macht. Die preussische Staatsregierung Braun-Severing hat dagegen die Stimme des Rechtes erhoben. Sie hat vom Staatsgerichtshof Recht gefordert gegen die Macht. Danach hatte der Staatsgerichtshof zwei aufeinanderfolgende Entscheidungen zu treffen. Zunächst eine Entscheidung über eine einstweilige Verfügung, die den Reichskommissar in der Anwendung der Macht hemmen sollte, dann die grundsätzliche Hauptentscheidung darüber, ob das Vorgehen des Reiches in Preußen verfassungsmäßig ist. Der Staatsgerichtshof hat die erste Entscheidung gefällt und den Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen das Reich abgelehnt. Das bedeutet, daß der Staatsgerichtshof bis zu seiner Hauptentscheidung die durch den Gebrauch der Macht geschaffene Regelung der Dinge tatsächlich anerkennt. Er will nicht von sich aus eine andere Regelung der Dinge bewirken, er erklärt, daß er einen anderen Weg, um den von Antragstellern vorgebrachten Beschwerden abzuhelfen, nicht zu sehen vermöge. Der Sinn dieser Entscheidung ist: es hat in Preußen zunächst zu bleiben, wie es das Reich gewollt hat. Im politischen Machtkampf schweigt zunächst die Stimme des Rechtes. Der tatsächliche Zustand, wie er jetzt in Preußen besteht, bleibt. Es ist nun das Lebensmerkmal dieses Zustandes, daß er auf Macht basiert, aber nicht oder noch nicht auf legaler Herrschaft. Darum bleiben alle Unklarheiten, alle Gewissenskonflikte der Beteiligten, alle Reibungswiderstände in der Verwaltung, es bleibt die tiefe Unruhe der Bevölkerung.

Wie lange soll dieser Zustand andauern? Der Präsident des Staatsgerichtshofes hat die Deffektivität vor der Klustion gewarnt, daß die Entscheidung zur Hauptsache in wenigen Tagen fallen könne. Allein die Frist, die dem Reich zur Einreichung von Erklärungen gegeben ist, geht bis zum 5. August. Das endgültige Urteil des Staatsgerichtshofes in der Hauptsache wird also erst gegen Mitte August erfolgen. Die wesentlichen politischen Entscheidungen werden also vorher fallen: die Wahlentscheidung vom 31. Juli und die Entscheidung darüber, welche Konsequenzen die gegenwärtigen Machthaber aus dem Ergebnis der Wahl zu ziehen gedenken. Es könnte sein, daß der Spruch des Staatsgerichtshofes, der heute von größter Bedeutung sein könnte, im Augenblick, wo er gefällt wird, nicht mehr viel praktische Bedeutung hat!

Der Verlauf der Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof im Sonnabend hat gezeigt, was ist. Die Vertreter Preußens und der beiden klageführenden Landtagsfraktionen haben mit ausgezeichneten verfassungsrechtlichen Gründen gekämpft, sie haben sich auf Gutachten erster Autoritäten des Staatsrechts gestützt. Der Vertreter des Reiches hat diesen Kampf nicht aufgenommen. Er hat gesagt, daß die gegenwärtigen Machthaber im Reich die Macht in die Hauptsache werfen. Er hat keinerlei Beweismaterial für ihr Vorgehen in Preußen vorgebracht. Er hat nicht zu beweisen versucht, inwiefern die preussische Staatsregierung ihre Pflicht zur Bekämpfung einer staatsrechtlichen Partei vernachlässigt habe, keinerlei Beweise vorgelegt für die Behauptungen und Anschuldigungen, die gegen höchste preussische Funktionäre geschleudert worden sind. In die Sackgasse der Beweise tritt die Macht, die tatsächlich einen neuen Zustand geschaffen hat. Zudem der Staatsgerichtshof unter dem Vorbehalt einer künftigen grundsätzlichen Entscheidung sich dieser Macht beugt, hat er der Idee des Rechtsstaates — die eine bürgerliche Idee ist! — einen schweren Stoß versetzt.

Macht hat verschiedene Erscheinungsformen, Machtmissbrauch kann in verschiedenen Formen erfolgen. Wie der Machtmissbrauch der gegenwärtigen Machthaber im Reich erfolgt ist, haben wir erlebt. Unser Machtmissbrauch dagegen ist anderer Natur. Er besteht in der Sammlung der Gegenkräfte gegen die Reaktion, in der Stärkung und Vereinheitlichung ihres Willens.

Dieser Machtmissbrauch unterwirft uns einer ersten Probe bei der Wahl am 31. Juli!

### Leipzig, 25. Juli (Eigener Drahtbericht)

Am Montag mittag um 1 Uhr verließ der Präsident des Reichsgerichts in dem Streitfall Kreuzen gegen das Reich folgenden Bescheid: Die Anträge auf Erlass einer einstweiligen Verfügung werden zurückgewiesen. In der Begründung des Spruchs führte Reichspräsident Bumke zunächst aus, daß der Staatsgerichtshof sich nach wie vor grundsätzlich für beauftragt hält, einstweilige Verfügungen zu erlassen, daß er für den zu behandelnden Streitfall

zulässig und die Aktilegitimation der Antragsteller gegeben ist. Wörtlich fuhr Bumke dann fort: „Der Staatsgerichtshof hat in seiner bisherigen Rechtsprechung die Auffassung vertreten, daß eine von ihm zu erlassende einstweilige Verfügung die endgültige Entscheidung nicht vorwegnehmen darf, daß sie insbesondere nicht auf der Grundlage entgegenstehender Beschlüsse der Streitenden Teile vorläufig zu eigen macht. Dem Wesen und der Bedeutung des Staatsgerichtshofes würde es nicht entsprechen, wenn er sich auf Grund einer vorläufigen Prüfung zu einer Rechtsansicht betonen wollte, die er nach gründlicher Erwägung bei der Entscheidung zur Hauptsache vielleicht wieder aufgeben müßte. An diesem Standpunkt muß festgehalten werden. In diesem Rahmen ist es zulässig, eine einstweilige Verfügung zu erlassen, wenn dies zur Regelung eines einstweiligen Zustandes zur Abwendung wesentlicher Nachteile nötig erscheint. Angesichts dieses Zwecks einer einstweiligen Verfügung erscheint es dem Staatsgerichtshof nicht angängig, die von dem Lande Preußen begehrte Verfügung entsprechend

# Abie die neue „Ordnung“ in Preußen aussteht

## Wieder zahlreiche Gewalttaten der Nazis — auch die Nazis beteiligen sich

Am Montag nachmittag unternahm SA-Banditen in Berlin-Weißensee einen regelrechten Angriff auf die Wohnung des technischen Leiters der Reichsbannerkameradschaft Weissensee. Der Reichsbannerkamerad hatte von seiner Wohnung aus beobachtet, wie zwei Nazis Malate der Eisernen Front zerstörten. Er eilte sofort hinzu und stellte die Haltenkreuzer zur Rede. Die Nazis wurden handgreiflich, kamen aber an den Unrechten und liefen davon. Einige Zeit später erschienen sie mit Verstärkung, um einen Sturm auf die Wohnung des Reichsbannerführers zu unternehmen. Sofort wurde die Polizei alarmiert, die das Gefährliche bei der Arbeit übernahm, es an den Krügen nahm und festnahm.

In der Straßauer Straße kam es am Montag abend zu einer Straßenschlacht zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Ein Kommunist wurde durch einen tiefen Messerstich in den Hinterkopf erheblich verletzt. Andere an der Schlägerei beteiligte Personen erlitten leichtere Verletzungen. Zehn Personen, darunter fünf Haltenkreuzer, ein Kommunist und vier „Parteilose“ wurden in Haft genommen.

In Berlin kam es am Montagabend auch noch an anderen Stellen zu Zusammenstößen. Im Südosten versuchten gegen 8 Uhr abends zahlreiche Kommunisten eine Haltenkreuzerfahne herunterzureißen. Ein Ueberfallkommando, das sich gegen die Kommunisten wandte, wurde nach polizeilicher Mitteilung aus einem Hause in der Raungrstraße geschossen. Ein Mann wurde mit Steinen und Blumentöpfen beworfen. Die Beamten riefen daraufhin: „Fenster zu!“ und feuerten mehrere Schüsse ab. Die 37jährige Frau eines Malermeisters wurde, als sie der Aufforderung nach Schließung der Fenster nachkommen wollte, von einer Kugel in den Kopf getroffen. Sie wurde in hoffnungslosem Zustand in ein Krankenhaus eingeliefert.

In der Stargarder Straße hatten sich gegen 17 Uhr abends etwa tausend Kommunisten angeammelt, die einen Demonstrationsszug zu bilden versuchten. Eine Autostreife der Polizei wurde mit Niberrufen empfangen. Die Beamten gingen zunächst mit dem Gummiknüppel vor, machten aber später von der Schußwaffe Gebrauch. Ein Demonstrant wurde auf der Flucht von einer Kugel getroffen und erhielt einen gefährlichen Rückenbruch.

Allein diese Berliner Vorfälle vom gestrigen Tage sind charakteristisch für die Auswirkung der „neuen Staatsführung“, insbesondere aber für die „neue Ordnung“ in Preußen.

### Köln, 26. Juli. (Eig. Funbericht.)

In der Nacht zum Dienstag gegen 1.30 Uhr wurden auf dem Neumarkt in Köln acht junge Leute, die sich über politische Tagesfragen unterhielten, ohne jeden Anlaß von Nationalsozialisten angegriffen. Nach kurzem Wortwechsel fiel ein Schuß, durch den ein junger Mann, der das Eisenerz-Front-Abzeichen trug, so schwer verletzt wurde, daß er nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus starb. Der Tat bringen verdächtig ist der Nationalsozialist Fuchs, der seinerzeit bei dem Ueberfall in einem Kölner Hotel den Reichs-

dem in der mündlichen Verhandlung neu formulierten Antrags zu erlassen.“

Anschließend verliest Bumke den Antrag der preussischen Regierung und fährt fort: „Die mündliche Verhandlung hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß mit diesen Anträgen nicht nur angestrebt wird, die Frage zu regeln, wie sich der Reichskommissar und die von ihm eingeleiteten Kommissare des Reiches, und wie sich die ihrer Amtsbezugnisse entkleideten Minister zu benennen und zu bezeichnen haben. Mit diesem Antrag soll angestrebt werden eine Teilung der Regierungsgewalt in Preußen zwischen dem Reichskommissar und den von ihm eingeleiteten Kommissaren und den jetzt klagenden Staatsministern. Prüft man nun die Frage, ob die begehrte Regelung geeignet ist, die von den Antragstellern dargelegten Reibungen und Schwierigkeiten zu verringern, so führt die Prüfung des Staatsgerichtshofs zu dem Ergebnis, daß dieser Erfolg nicht zu erwarten ist. Es ist eine solche Scheidung der Staatsgewalt in Preußen würde nach der Auffassung des Staatsgerichtshofs in besonderem Maße geeignet sein, eine Verwirrung im Staatsleben herbeizuführen.“

Der Staatsgerichtshof hat sich dann aber, wie auch in früheren Fällen, auch die Frage vorgelegt, ob er seinerseits den Weg gehen könne, um den von den Antragstellern vorgebrachten Beschwerden abzuhelfen, ohne der Entscheidung in der Hauptsache vorzugreifen und ohne die Nachteile heraufzubeschwören, die nach der Auffassung des Staatsgerichtshofs und nach der Erklärung des Vertreters der Reichsregierung die Folge der Anträge der Antragsteller sein wird. Der Staatsgerichtshof vermag einen solchen Weg nicht zu sehen.“

tagsabgeordneten Otto Wels durch einen Kehlkopfschlag erheblich verletzt hatte. Fuchs wurde auf der Flucht nach dem Kölner Brauhaus kurz nach der Tat verhaftet. Dies ist in Köln der fünfte politische Mord innerhalb vier Wochen.

### Koblenz, 26. Juli. (Eig. Funbericht.)

In der vergangenen Nacht kam es in Koblenz zwischen uniformierten Nationalsozialisten und Andersgesinnten zu schweren Schlägereien. Ein Parteiführer wurde durch drei Nazis in den Kopf verletzt. Das Ueberfallkommando stürzte die Straßengänge. Beim Abdrücken stieß die Polizei auf ankommende Truppen uniformierter Nazis. Die Polizei nahm die Nationalsozialisten fest. Es wurden zwei scharf geladene Trommelrevolver, eine Pistole, zwei Totschläger und eine Stihmaste gefunden.

### Hannover, 25. Juli (Eigener Funbericht)

Eine Reihe sozialistischer und republikanischer Jugendorganisationen Hannovers veranstalteten am Sonntag eine Erwerbslosen-Wanderung in die Heide. In den Dörfern sollten Exemplare des „Volkswille“ und anderes Propagandamaterial verteilt werden. Die Teilnehmer der Wanderung wurden jedoch wiederholt von SA-Gruppen überfallen. 18 Jugendliche wurden verletzt, davon fünf ziemlich erheblich. Als einige der Truppe auf einer Chaussee vor Wangelsloh durch nachkommende Motorradfahrer verpflegt werden sollten, wurden sie von den umliegenden Dörfern zusammengejagten SA-Überfällen und in Gegenwart eines Landjägers erheblich verletzt. Immer wieder wurde der Zug von SA-Gruppen verfolgt, ohne daß der Landjäger von Wangelsloh eingeschritten wäre.

Durch Motorradfahrer und Privatwagen hatten die Nazis die SA des ganzen Kreises alarmiert. Sie setzten sich in allen Dörfern fest und verübten Ueberfälle, sobald ein Gegner sichtbar wurde. Die Propagandakolonnen mußten schließlich durch die Heide flüchten, bis Landjäger aus Mellendorf und Bissendorf sie trafen und vor der SA schützten.

In Hellsdorf war die Uebermacht der Nazis so stark, daß dort eine Truppe unter Zurücklassung der Fahrräder sich zur Flucht veranlaßt sah. Ingselamt fielen den Nazis 18 Fahrräder und ein Motorrad mit Belagern in die Hände. Das Material konnte jedoch später durch die Polizei herbeigeführt werden.

### Sozialdemokratie protestiert erneut

Die Abgeordneten Wels und Stampfer sprachen heute morgen beim Oberbürgermeister Dr. Bracht vor, um gegen die in Preußen herrschende Unfreiheit schärfsten Protest zu erheben. Sie wiesen insbesondere auf den Fall in Reidenburg hin, wo der Reichstagsabgeordnete Jaeder im Besitz eines Polizeioffiziers diehlich mißhandelt worden war und auf den Sturm auf das Gewerkschaftshaus in Burglau. Der als Reichskommissar fungierende Oberbürgermeister Dr. Bracht sagte wie in solchen Fällen üblich Prüfung zu.

# Otto Braun antwortet Papen

## Papens Vorgehen verfassungswidrig — Otto Braun verlangt, Papen im Rundfunk antworten zu können

Der preussische Ministerpräsident Otto Braun, zurzeit an der Ausübung seines Amtes durch Gewalt verhindert, hat an den Urheber dieses Zustandes, Herrn von Papen, folgenden Brief gerichtet:

Aus Ihrem Schreiben vom 21. d. Mts. entnehme ich, daß Sie die Berechtigung zu meiner Enthebung vom Amte des preussischen Ministerpräsidenten aus § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten herleiten, die wiederum auf Artikel 48 Absatz 1 und 2 der Reichsverfassung gestützt wird. Inwiefern der Reichspräsident berechtigt ist, Bestimmungen der Reichsverfassung im Verordnungswege außer Kraft zu setzen, ist in Absatz 2 des Artikels 48 fest umschrieben. Dazu gehören nicht die Bestimmungen, die die staatliche Selbständigkeit der Länder und das Recht ihrer Volksvertretungen, ihre Regierungen zu bestimmen, gewährleisten.

Durch meine Amtsenthebung ist daher die Reichsverfassung wie die Verfassung des Landes Preußen verletzt.

Ich muß daher gegen diese Maßnahme wie auch gegen die mündliche Erklärung meines Reichspräsidenten die Verhinderung meiner Verantwortlichkeit betonen und mir alle Rechte vorbehalten.

Wenn Sie meine Frage nach den Gründen für Ihr Vorgehen gegen mich mit dem Hinweis auf Ihre Rundfunkrede vom 20. d. Mts. beantworten, so erscheint mir dieser Weg, einen Hinweis nicht unehrenbaren Staatsakt, wie es die Amtsenthebung des Regierungschefs des größten deutschen Landes darstellt, durch den Rundfunk zu begründen, recht merkwürdig. Ich muß daher verzichten,

auf Ihre von irrigen Voraussetzungen ausgehende Begründung hier einzugehen, betrachte es aber als das einfachste Gebot der Gerechtigkeit, auch mir Gelegenheit zu geben, im Rundfunk zu gleicher Tageszeit vor dem gleichen Forum zu Ihren Ausführungen Stellung zu nehmen.

Für eine baldige Nachricht, wann das geschehen kann, wäre ich dankbar.“

### Bracht demastriert sich

#### Nazis erlaubt, Nazis verboten

Die gegenwärtigen Gewalthaber demastrieren sich und ihre Stützen von Tag zu Tag mehr. Zwar spielt insbesondere Herr Papen nach außen den parteipolitisch ungebundenen Herrn. Trotzdem fühlt ein Blinder mit dem Krallstock, was an dieser Angelegenheit ist. So läßt der zur Zeit als preussischer Innenminister fungierende Herr Oberbürgermeister Dr. Bracht die Mittelwörter allerdings wissen, daß der Beisitz des preussischen Staatsministeriums, der Kommande die Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und zur kommunistischen Partei verleiht, nicht geändert werden soll, daß das Verbot der Zugehörigkeit zu der Hitlerpartei aufgehoben wird. Das Verbot der Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei bleibt jedoch bestehen, in es nicht ausdrücklich wiederholt bestätigt. Dieser Unterschied in der Behandlung der Nazis und Nazis zeigt, was Seltsames Kind die Herren Papen und Bracht sind.



# Macht vor Recht

## Die vorläufige Entscheidung des Staatsgerichtshofs

Der Staatsgerichtshof hat am Montag den Antrag der von der Papen-Regierung für abgelehnt erklärten Preußen-Regierung auf Erlass einer einstweiligen Verfügung zurückgewiesen.

Es soll Optimisten gegeben haben, die vom Staatsgerichtshof einen anderen Spruch erwartet haben, die geglaubt haben, daß der Staatsgerichtshof im Wege der einstweiligen Verfügung wenigstens gewisse Dinge regeln werde, die so, wie sie heute sind, die Unhaltbarkeit des durch die Einziehung des Reichskommissars geschaffenen Zustandes ganz kraß hervortreten lassen, so unter anderem die Frage der Vertretung Preußens im Reichsrat. Diese Optimisten haben durch den Spruch des Staatsgerichtshofs eine Enttäuschung erfahren. Wir glauben nicht, daß die sozialdemokratischen Arbeiter zu diesen Optimisten gehört haben. Sie wissen seit Lassalle, daß, wenn die Reaktion die tatsächliche Verfassung zu Ungunsten der Arbeiterklasse verändert, die Arbeiterklasse selbst selber dazu tun muß, um die tatsächliche Verfassung Deutschlands wieder auf den Boden der Gerechtigkeit und der Demokratie zurecht zu rücken. Die sozialdemokratischen Arbeiter wissen, daß sie selbst in ihrer Masse den Staatsgerichtshof bilden müssen, der die Entscheidung gegen die Reaktion trifft und daß es ihre Aufgabe ist, diese Masse so klar, so bewußt und so wuchtig wie möglich in die Erscheinung treten zu lassen.

Das ist die Aufgabe des 31. Juli!

Die Umgestaltung der tatsächlichen Verfassung, der gegenrevolutionäre Wechsel des Systems in Preußen ist erfolgt durch die Macht. Die preußische Staatsregierung Braun-Severing hat dagegen die Stimme des Rechts erhoben. Sie hat vom Staatsgerichtshof Recht gefordert gegen die Macht. Danach hätte der Staatsgerichtshof zwei aufeinanderfolgende Entscheidungen zu treffen. Zunächst eine Entscheidung über eine einstweilige Verfügung, die den Reichskommissar in der Anwendung der Macht hemmen sollte, dann die grundsätzliche Hauptentscheidung darüber, ob das Vorgehen des Reiches in Preußen verfassungsmäßig ist. Der Staatsgerichtshof hat die erste Entscheidung gefällt und den Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen das Reich abgelehnt. Das bedeutet, daß der Staatsgerichtshof bis zu seiner Hauptentscheidung die durch den Gebrauch der Macht geschaffene Regelung der Dinge tatsächlich anerkennt. Er will nicht von sich aus eine andere Regelung der Dinge bewirken, er erklärt, daß er einen anderen Weg, um den von Antragstellern vorgebrachten Beschwerden abzuhelfen, nicht zu sehen vermöge. Der Sinn dieser Entscheidung ist: es hat in Preußen zunächst zu bleiben, wie es das Reich gewollt hat. Im politischen Machtkampf schweigt zunächst die Stimme des Rechts. Der tatsächliche Zustand, wie er jetzt in Preußen besteht, bleibt. Es ist nun das Lebensmerkmal dieses Zustandes, daß er auf Macht basiert, aber nicht oder noch nicht auf legalisierter Macht. Darum bleiben alle Unklarheiten, alle Gewissenskonflikte der Beteiligten, alle Reibungswiderstände in der Verwaltung, es bleibt die tiefe Unruhe der Bevölkerung.

Wie lange soll dieser Zustand andauern? Der Präsident des Staatsgerichtshofs hat die Deffektivität vor der Illusion gewarnt, daß die Entscheidung zur Hauptsache in wenigen Tagen fallen könne. Allein die Frist, die dem Reich zur Einreichung von Erklärungen gegeben ist, geht bis zum 5. August. Das endgültige Urteil des Staatsgerichtshofs in der Hauptsache wird also erst gegen Mitte August erfolgen. Die wesentlichen politischen Entscheidungen werden also vorher fallen: die Wahlentscheidung, vom 31. Juli und die Entscheidung darüber, welche Konsequenzen die gegenwärtigen Machthaber aus dem Ergebnis der Wahl zu ziehen gedenken. Es könnte sein, daß der Spruch des Staatsgerichtshofs, der heute von größter Bedeutung sein könnte, im Augenblick, wo er gefällt wird, nicht mehr viel praktische Bedeutung hat!

Der Verlauf der Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof im Sonnabend hat gezeigt, was ist. Die Vertreter Preußens und der beiden klagenden Landtagsfraktionen haben mit ausgezeichneten verfassungsrechtlichen Gründen gekämpft, sie haben sich auf Gutachten erster Autoritäten des Staatsrechts gestützt. Der Vertreter des Reiches hat diesen Kampf nicht genommen. Er hat gesagt, daß die gegenwärtigen Machthaber im Reich die Macht in die Waagschale werfen. Er hat keinerlei Beweismaterial für ihr Vorgehen in Preußen ausgebreitet. Er hat nicht zu beweisen versucht, inwiefern die preußische Staatsregierung ihre Pflicht zur Bekämpfung einer staatsrechtlichen Partei vernachlässigt habe, keinerlei Beweise vorgelegt für die Behauptungen und Anschuldigungen, die gegen höchste preußische Funktionäre geschleudert worden sind. An die Stelle der Beweise tritt die Macht, die tatsächlich einen neuen Zustand geschaffen hat. In dem dem Staatsgerichtshof unter dem Vorbehalt einer künftigen grundsätzlichen Entscheidung sich dieser Macht beugt, hat er der Idee des Rechtsstaates — die eine bürgerliche Idee ist! — einen schweren Stoß versetzt.

Macht hat verschiedene Erscheinungsformen, Machtmissbrauch kann in verschiedenen Formen erfolgen. Wie der Machtmissbrauch der gegenwärtigen Machthaber im Reich erfolgt ist, haben wir erlebt. Unser Machtmisbrauch dagegen ist anderer Natur. Er besteht in der Sammlung der Gegenkräfte gegen die Reaktion, in der Stärkung und Vereinheitlichung ihres Willens.

Diesen Machtmisbrauch unternehmen wir einer ersten Probe bei der Wahl am 31. Juli!

Leipzig, 25. Juli (Eigener Drahtbericht)

Am Montag mittags um 1 Uhr verließ der Präsident des Reichsgerichts in dem Streitfall Preußen gegen das Reich folgenden Beschlus: Die Anträge auf Erlass einer einstweiligen Verfügung werden zurückgewiesen. In der Begründung des Spruchs führte Reichsgerichtspräsident Bumke zunächst aus, daß der Staatsgerichtshof nach wie vor grundsätzlich für besetzt hält, einstweilige Verfügungen zu erlassen, daß er für den zu behandelnden Streitfall

zulässig und die Aktiolegitimation der Antragsteller gegeben ist. Wörtlich fuhr Bumke dann fort: „Der Staatsgerichtshof hat in seiner bisherigen Rechtsprechung die Auffassung vertreten, daß eine von ihm zu erlassende einstweilige Verfügung die endgültige Entscheidung nicht vorwegnehmen darf, daß sie insbesondere nicht auf der Grundlage entstehen kann, daß der Staatsgerichtshof sich den Rechtsstandpunkt des einen oder des anderen der streitenden Teile vorläufig zu eigen macht. Dem Wesen und der Bedeutung des Staatsgerichtshofs würde es nicht entsprechen, wenn er sich auf Grund einer vorläufigen Prüfung zu einer Rechtsansicht bekennen wollte, die er nach gründlicher Ermägung bei der Entscheidung zur Hauptsache vielleicht wieder aufgeben müßte. An diesem Standpunkt muß festgehalten werden. In diesem Rahmen ist es zulässig, eine einstweilige Verfügung zu erlassen, wenn dies zur Regelung eines einstweiligen Zustandes zur Abwendung wesentlicher Nachteile nötig erscheint. Angesichts dieses Zwecks einer einstweiligen Verfügung erscheint es dem Staatsgerichtshof nicht angängig, die von dem Lande Preußen begehrte Verfügung entsprechend

# Wie die neue „Ordnung“ in Preußen ausfieht

## Wieder zahlreiche Gewalttaten der Nazis — auch die Nazis beteiligen sich

Am Montag nachmittag unternahmen SA-Banden in Berlin-Weißensee einen regelrechten Angriff auf die Wohnung des technischen Leiters der Reichsbannerkameradschaft Weissenfer. Der Reichsbannerkamerad hatte von seiner Wohnung aus beobachtet, wie zwei Nazis Matratze der Ehernen Front zerstörten. Er eilte sofort hinzu und stellte die Hakenkreuzler zur Rede. Die Deutschen wurden handgreiflich, kamen aber an den Unrechten und ließen davon. Einige Zeit später erschienen sie mit Verstärkung, um einen Sturm auf die Wohnung des Reichsbannerführers zu unternehmen. Sofort wurde die Polizei alarmiert, die das Geschehen bei der Arbeit überraschte, es an den Krügen nahm und festnahm.

In der Stralauer Straße kam es am Montag abend zu einer Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Ein Kommunist wurde durch einen tiefen Messerstoß in den Hinterkopf erheblich verletzt. Andere an der Schlägerei beteiligte Personen erlitten leichtere Verletzungen. Zehn Personen, darunter fünf Hakenkreuzler, ein Kommunist und vier „Parteilose“ wurden in Haft genommen.

In Berlin kam es am Montagabend auch noch an anderen Stellen zu Zusammenstößen. Im Südosten verjagten gegen 8 Uhr abends zahlreiche Kommunisten eine Hakenkreuzfahrerin herunterzureißen. Ein Ueberfallkommando, das sich gegen die Kommunisten wandte, wurde nach polizeilicher Mitteilung aus einem Hause in der Naunburger Straße beschossen bzw. mit Steinen und Blumentöpfen beworfen. Die Beamten riefen daraufhin: „Fenster zu!“ und feuerten mehrere Schüsse ab. Die 37jährige Frau eines Malermeisters wurde, als sie der Aufforderung nach Schließung der Fenster nachkommen wollte, von einer Kugel in den Kopf getroffen. Sie wurde in hoffnungslosem Zustand in ein Krankenhaus eingeliefert.

In der Stargarder Straße hatten sich gegen 1/7 Uhr abends etwa tausend Kommunisten angesammelt, die einen Demonstrationenzug zu bilden versuchten. Eine Autostreife der Polizei wurde mit Niederrufen empfangen. Die Beamten gingen zunächst mit dem Gummiknüppel vor, machten aber später von der Schusswaffe Gebrauch. Ein Demonstrant wurde auf der Flucht von einer Kugel getroffen und erhielt einen gefährlichen Rückenstoß.

Allein diese Berliner Vorfälle vom gestrigen Tage sind charakteristisch für die Auswirkung der „neuen Staatsführung“, insbesondere aber für die „neue Ordnung“ in Preußen.

Köln, 26. Juli. (Eig. Funkbericht.)

In der Nacht zum Dienstag gegen 1/30 Uhr wurden auf dem Neumarkt in Köln acht junge Leute, die sich über politische Tagesfragen unterhielten, ohne jeden Anlaß von Nationalsozialisten angegriffen. Nach kurzem Wortwechsel fiel ein Schuß, durch den ein junger Mann, der das Eisernen-Front-Abzeichen trug, so schwer verletzt wurde, daß er nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus starb. Der Tat dringend verdächtig ist der Nationalsozialist Fuchs, der seinerzeit bei dem Ueberfall in einem Kölner Hotel den Reichs-

# Otto Braun antwortet Papen

## Papens Vorgehen verfassungswidrig — Otto Braun verlangt, Papen im Rundfunk antworten zu können

Der preußische Ministerpräsident Otto Braun, zurzeit an der Ausübung seines Amtes durch Gewalt verhindert, hat an den Urheber dieses Zustandes, Herrn von Papen, folgenden Brief gerichtet:

„Aus Ihrem Schreiben vom 21. d. Mts. entnehme ich, daß Sie die Berechtigung zu meiner Enthebung vom Amte des preußischen Ministerpräsidenten aus § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten herleiten, die wiederum auf Artikel 48 Absatz 1 und 2 der Reichsverfassung gestützt wird. Inwiefern der Reichspräsident berechtigt ist, Bestimmungen der Reichsverfassung im Verordnungswege außer Kraft zu setzen, ist in Absatz 2 des Artikels 48 fest umschrieben. Dazu gehören nicht die Bestimmungen, die die staatliche Selbständigkeit der Länder und das Recht ihrer Volksvertretungen, ihre Regierungen zu bestimmen, gewährleisten.“

Durch meine Amtsenthebung ist daher die Reichsverfassung wie die Verfassung des Landes Preußen verletzt.

Ich muß daher gegen diese Entnahme wie auch gegen die tatsächliche Verletzung meines Dienstgebäudes zur Verhinderung meines amtlichen Wirkens erklagen und mir alle Rechte vorbehalten.

Wenn Sie meine Frage nach den Gründen für Ihr Vorgehen gegen mich mit dem Hinweis auf Ihre Rundfunkrede vom 20. d. Mts. beantworten, so erscheint mir dieser Weg, einen im Bereich nicht unbekanntem Staatsakt, wie es die Amtsenthebung des Regierungschefs des größten deutschen Landes darstellt, durch den Rundfunk zu begründen, recht merkwürdig. Ich muß daher verzichten,

dem in der mündlichen Verhandlung neu formulierten Antrags zu erlassen.“

Anschließend verließ Bumke den Antrag der preußischen Regierung und fährt fort: „Die mündliche Verhandlung hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß mit diesen Anträgen nicht nur angestrebt wird, die Frage zu regeln, wie sich der Reichskommissar und die von ihm eingesetzten Kommissare des Reiches, und wie sich die ihrer Amtsbezeichnung entkleideten Minister zu benennen und zu bezeichnen haben. Mit diesem Antrag soll angestrebt werden eine Teilung der Regierungsgewalt in Preußen zwischen dem Reichskommissar und den von ihm eingesetzten Kommissaren und den jetzt klagenden Staatsministern. Prüft man nun die Frage, ob die begehrte Regelung geeignet ist, die von den Antragstellern dargelegten Reibungen und Schwierigkeiten zu verringern, so führt die Prüfung des Staatsgerichtshofs zu dem Ergebnis, daß dieser Erfolg nicht zu erwarten ist. Gerade eine solche Scheidung der Staatsgewalt in Preußen würde nach der Auffassung des Staatsgerichtshofs in besonderem Maße geeignet sein, eine Verwirrung im Staatsleben herbeizuführen.“

Der Staatsgerichtshof hat sich dann aber, wie auch in früheren Fällen, auch die Frage vorgelegt, ob er seinerseits den Weg gehen könne, um den von den Antragstellern vorgebrachten Beschwerden abzuhelfen, ohne die Nachteile herauszubekommen, die nach der Aufstellung des Staatsgerichtshofs und nach der Erklärung des Vertreters der Reichsregierung die Folge der Anträge der Antragsteller sein wird. Der Staatsgerichtshof vermag einen solchen Weg nicht zu sehen.“

tagsabgeordneten Otto Wels durch einen Kehlkopfschlag erheblich verletzt hatte. Fuchs wurde auf der Flucht nach dem Kölner Braunen Haus kurz nach der Tat verhaftet. Dies ist in Köln der fünfte politische Mord innerhalb vier Wochen.

Koblenz, 26. Juli. (Eig. Funkbericht.)

In der vergangenen Nacht kam es in Koblenz zwischen uniformierten Nationalsozialisten und Andersgesinnten zu schweren Schlägereien. Ein Parteiloser wurde durch drei Stiche in den Kopf verletzt. Das Ueberfallkommando säuberte die Straßenzüge. Beim Abziehen lief die Polizei auf ankommende Truppen uniformierter Nazis. Die Polizei nahm die Nationalsozialisten fest. Es wurden zwei scharf geladene Trommelrevolver, eine Pistole, zwei Totschlagger und eine Stichwaffe gefunden.

Hannover, 25. Juli (Eigener Funkbericht)

Eine Reihe sozialistischer und republikanischer Jugendorganisationen Hannovers veranstalteten am Sonntag eine Erwerbslosen-Parade in die Heide. In den Dörfern sollten Exemplare des „Volkswille“ und anderes Propagandamaterial verteilt werden. Die Teilnehmer der Parade wurden jedoch wiederholt von SA-Parteilasern überfallen. 18 Jugendliche wurden verletzt, davon fünf ziemlich erheblich. Als einige der Truppe auf einer Chaussee vor Mangelstoh durch nachkommende Motorradfahrer verprügelt werden sollten, wurden sie von der aus den umliegenden Dörfern zusammengezogenen SA überfallen und in Gegenwart eines Landjägers erheblich verletzt. Immer wieder wurde der Zug von SA-Parteilasern verfolgt, ohne daß der Landjäger von Mangelstoh eingeschritten wäre.

Durch Motorradfahrer und Privatwagen hatten die Nazis die SA des ganzen Kreises alarmiert. Sie setzten sich in allen Dörfern fest und verübten Ueberfälle, sobald ein Gegner sichtbar wurde. Die Propagandalotterien wurden schließlich durch die Heide flüchten, bis Landjäger aus Mellendorf und Bissendorf sie trafen und vor der SA schützten.

In Hellsdorf war die Uebermacht der Nazis so hart, daß dort eine Truppe unter Zurücklassung der Fahrer sich zur Flucht veranlaßt sah. Ingselamt fielen den Kombis 18 Fahrer und ein Motorrad mit Reitwagen in die Hände. Das Material konnte jedoch später durch die Polizei sichergestellt werden.

## Sozialdemokratie protestiert erneut

Die Abgeordneten Wels und Stampfer sprachen heute morgen beim Oberbürgermeister Dr. Bracht vor, um gegen die in Preußen herrschende Unfreiheit scharfsten Protest zu erheben. Sie wiesen insbesondere auf den Fall in Reichenburg hin, wo der Reichstagsabgeordnete Jaeder im Beisein eines Polizeioffiziers diehisch mißhandelt worden war und auf den Sturm auf das Gewerkschaftshaus in Bunzlau. Der als Reichskommissar fungierende Oberbürgermeister Dr. Bracht sagte wie in solchen Fällen üblich Prüfung zu.

auf Ihre von irrigen Voraussetzungen ausgehende Begründung hier eingugehen, betrachte es aber als das einfachste Gebot der Gerechtigkeit, auch mir Gelegenheit zu geben, im Rundfunk zu gleicher Tageszeit vor dem gleichen Forum zu Ihren Ausführungen Stellung zu nehmen.

Für eine baldige Nachricht, wann das geschehen kann, wäre ich dankbar.“

## Bracht demastriert sich

Nazis erlaubt, Nazis verboten

Die gegenwärtigen Gewalttäter demastrieren sich und ihre Stützen von Tag zu Tag mehr. Zwar spielt insbesondere Herr Papen nach außen den parteipolitisch ungebundenen Herrn. Trotzdem fühlt ein Blinder mit dem Krillkopf, was an dieser Ungebundenheit ist. So läßt der zur Zeit als preußischer Innenminister fungierende Oberbürgermeister Dr. Bracht die Mittel neuerdings wissen, daß der Beschluß des preußischen Staatsministeriums, der Beamten die Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und zur kommunistischen Partei verbietet, dahin geändert werden soll, daß das Verbot der Zugehörigkeit zu der Hitlerpartei aufgehoben wird. Das Verbot der Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei bleibt jedoch bestehen, in es wird ausdrücklich wiederholt bekräftigt. Dieses Unterlass in der Behandlung der Nazis und Nazis zeigt, was Geistes Kind die Herren Papen und Bracht sind.

## Severing im Rundfunk!

Am Sonnabend vor der Wahl spricht  
Carl Severing im Rundfunk.

In der letzten Woche vor der Wahl werden im Rundfunk Vertreter der politischen Parteien zu den Rundfunkhörern sprechen. Die Reihenfolge der Redner ist nach der Stärke der Parteien bestimmt. Den Anfang macht am Montag der Christlich-Sozialer Volksdienst, ihm folgen das Landvolk, die Staatspartei, die Bayerische Volkspartei, die Wirtschaftspartei, die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationalen, das Zentrum, die Nationalsozialisten und die Sozialdemokratische Partei. Für die Sozialdemokratische Partei war Otto Weis als Redner vorgesehen. Otto Weis hat Carl Severing jedoch gebeten, für ihn die Rundfunkrede zu übernehmen. Severing hat sich dazu bereit erklärt. Er spricht am 30. Juli, von 19,00 bis 19,25 Uhr. Die Rede wird über den Deutschlandsender gehalten und auf alle Sender übertragen.

## Rundfunk von heute

Tägliche Funkvorschau für Arbeiterhörer

Mit starkem kritischem Vorbehalt hören wir am Dienstag um 15,45 Uhr der Stunde „Das Buch des Tages“ zu, in der der konservative Universitätsprofessor Kaehler das im Ullstein-Verlag erschienene Buch „Stresemanns Vermächtnis“ besprechen wird. In der Vortragswoche „Die Welt im Funke“ liest ausgerechnet Karl Eberhard, dem man erst einmal mikrofongerechtes Sprechen beibringen sollte, bevor man ihn mit dem Vorlesen von Vorträgen beauftragt, einen Vortrag mit Schallplatten „Sitzmanische Volksgebräuche“. Am Abend um 21,10 Uhr gelangen unter der Spielleitung Herbert Brunars von Gerhart Hauptmann mit dem Titel „Eiga“ zur Sendung. Der Arbeiterhörer, der gerne zuhören wird, wird nur den späten Beginn der Sendung bedauern. Im Interesse der Hörerschaft wäre zu wünschen, daß in Zukunft Hörspielsendungen nicht nach 20,15 Uhr beginnen würden.

## Gefährliches

Eine gute, alte Bekannte

findet man jetzt wieder überall in den Tabakläden. Es ist die Karoline Nr. 200, die wir als Kind so oft dem Vater holen mußten und die auch unsere erste, liebe Liebe war. Sie schmeckt wieder mal ausgezeichnet und trägt nicht zuletzt durch ihr Kartes Format den Namen einer schließlichen Volkspartei mit vollem Recht.

## Amthier Wetterdienst

des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krietern  
(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten)

Unter der Einwirkung abfallender Luftmassen stellt sich über Mitteleuropa erneut Erwärmung ein. Die Temperaturen überschreiten dabei vielfach 20 Grad. Über Westeuropa erscheinene Störungen dürften erst später zu neuer Gewittertätigkeit Anlaß geben.

**Wünschten für das schließliche Hochgebirge:**  
Bei üblichen Winden föhnik-aufhellendes, warmes Wetter, erst später beginnende Gewitterneigung.

**Wünschten für das schließliche Hochgebirge:**  
Aufsteigender Süd, aufhellendes, wärmeres Wetter, erst später beginnende Gewitterneigung.

## Familien-Anzeigen

### Gesamtverband der Arbeitnehmer

Am Sonnabend, den 23. Juli verstarb unser werter Kollege, der frühere Marstallbedienstete

### Hermann Mücke

im Alter von 63 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Mitglieder der Ortsverwaltung Breslau,

Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des St. Salvator-Friedhofes. 2247

Am 23. Juli 1932 verstarb nach langem, schwerem Leiden unser werter Kollege, Marstallpensionär

### Hermann Mücke

im Alter von 66 Jahren. 6531

Ehre seinem Andenken!

Die freigeordneten Kollegen der Freiwilligen Sterbendienststützungs-kasse Städtischer Marstallbediensteter.

Beerdigung Mittwoch, 27. Juli, 15 Uhr, von der Kapelle des St. Salvator-Friedhofes, Ende Lohstraße.

## Buchhandlung Volkswacht

Modernes Antiquariat

Breslau 2 \* Flurstraße 4/6

## WAPPENHOF

4.45 Uhr! Das 8.30 Uhr!

### große Sensations-Programm

2 Myrons / Samsley-Trapps / L. u. F. Ray / Milbtri / Max Wendler / Strody / 3 Berderows / Professor Balogh-Trio / Wappenhof-Woche / Nachmittags 25 Pl., abends 50 Pl.

## Möbel-Gelegenheitskauf

Gebr. poliertes Schlafzimmer, modern und sehr gut erhalten. Einzelne Bücherschränke, eich. Zweizug- und Naß-Vierzugtisch, Waschkommoden, Frisiertoiletten, einzelne Stühle, Ecksofa, Sofas, Nachtsche, alles gebraucht, so'ort spottbillig zu verkaufen

### S. Brandt & Co.

Gartenstraße 65, I. (neben Capitol)

## Immer weitere Gelegenheitsposten

unerhört billig!

### Badewäsche

Mit kleinen unmerklichen Schönheitsfehlern  
Badehandtücher, Badelaken, aus gutem hochlorig. Kräusels'oit  
Handtücher Stück nur 19 Pl. Badelaken Stück nur 78 Pl.  
38, 38 1,58, 1,25

### Scheuertücher

Fabrikposten  
daunter auch Spültücher, ganz gute gebrauchsfähige Qualitäten, gesäumt  
Stück nur 8, 6 4 Pl.

### Sportkleider

Resposten  
aus nur hochw. Stoffen, Rips, Trikotine, Toile etc., Holte Verarbeitung, bis Größe 50 . . . jedes Kleid nur 3,50 250

### Hochsommerkleider

Resposten elegante  
aus Vollwolle, entzückende Druckmuster, moderne Verarbeitung, mit halbem und langem Arm . . . Stück nur 9,50 550

### Wäschestücke

Angestaubte und durch Wasser beschädigte  
Damen-Tag- und Nachthemden, Hemdhosen, Prinzessbrücke, Schlafanzüge, Herren-Tag- und -Nachthemden, Kinderwäsche etc., alles gute, hochw. Stücke  
lächerlich billig!

Einzelne und Musterstücke <b>Weißwaren</b> moderne Kragen, Westen, Garnituren etc. zum Aussuchen! Stück nur 45, 25, 15 10	Wieder eine Unmenge Päckchen <b>Stickerel-Reste</b> auch Valenciennespitz, enthält mehr Meter in verschied. Breit- u. Ausföhrung, z. Garnieren u. Ausbessern, jedes Päckchen 10
--	---



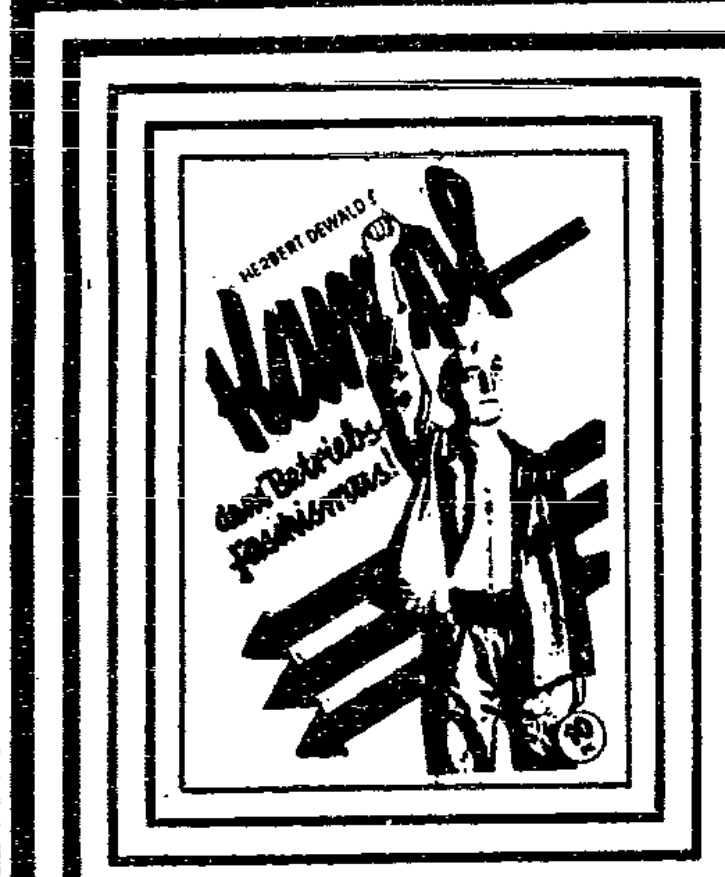
**Parteilreunde**  
kaufen Bahnhöfen, verlangt in Hotels, Restaurants, Cafés stets die **Volkswacht**

**Die kleine Anzeige**  
die Du aufgeben mußt, wenn Du wästen, verkaufen und lernen willst, gehört in Deine Zeitung **in die Volkswacht!**  
Dort ist sie billiger als in der beliebtesten Presse und bringt Dir **bestimmten Erfolg!**

## AUTO-BÖRSE

Wir veranstalten ab 25. Juli 1932 eine hereingenommener, gebrauchter Fahrzeuge verschiedenster Fabrikate  
Es kommen nur 4- und 6-sitzige, offene und geschlossene Wagen von 3 PS aufwärts zu günstigsten Preisen u. kulantesten Zahlungsbedingungen zum Verkauf  
**ADLERWERKE**  
Filiale Breslau  
Tautenzienstraße 4  
Gräbschener Straße 269-281  
Telefon 20614 und 20615  
Pendelwagen stehen unserer werter Kundschaft zur Verfügung

## Waffen! Waffen!



Zu beziehen durch unsere Buchhandlung und unsere Kolporteurs

## Arbeiter - Angestellte - Beamte

**BAUHÜTTE BRESLAU**

**GEMEINWIRTSCHAFTLICHES GROSSBAUUNTERNEHMEN**

**Malerei-Gesellschaft m. b. H.**  
Klosterstr. 98/100 — Fernruf 248 61  
Maler-Arbeiten aller Art  
Auto-Lackierwerkstätten

Schenke zu jeder Gelegenheit und Festlichkeit  
**billige und gute Bücher**  
bei **Volkswacht-Buchhandlungen**  
Flurstraße 4-6

Die Kreis-Spar- u. Girokasse des Landkreises Breslau  
Weidenstraße 15  
nimmt  
**Spareinlagen**  
in jeder Höhe zu  
günstigen Bedingungen  
entgegen

**Romanti** *Der köstliche Apfelsaft*  
Alkoholfrei

Waisen Sie nachalmigen zurück!

**Gemeinnütziges Pfandleihhaus**  
der Stadt Breslau G. m. b. H.  
Berliner Platz Nr. 2  
Geöffnet von 9-16 1/2 Uhr

**Druckerei Volkswacht**  
Breslau 2  
Flurstraße 4/6  
Moderne Drucksachen

Nur mit „Ruba“ ganz allein blendend rein wie Sonnenschein  
**Ruba-Seife 20% billiger!**  
Zu haben in allen einschlägigen Geschäften

## berücksichtigt nur unsere Inserenten!

Für die Redaktion verantwortlich: Walter Sedwig; für die Anzeigen: Max Todeus. - Redaktion: Fränkelpfatz 8. - Hauptexpedition: Flurstr. 4. - Druck u. Verlag der „Volkswacht“ G. m. b. H., sämtlich in Breslau

Breslauer Nachrichten

Sie diskutieren!

Die Notverordnung - die Schuld der Nazis

Die Nazis sind für die Notverordnung Papens vom 15. Juni voll verantwortlich!

Am Mittwoch, dem 15. Juni, ist die Notverordnung veröffentlicht worden.

Am Montag, dem 13. Juni, war Hitler beim Reichsanwalt. Hat er ihn vor dem sozialen Abbau oder vor den ungerichten Steuern gewarnt?

Nein! Er hat nur wegen der Aufhebung des SA-Verbots „vorgeschlagen“.

Auch nach dem Erlass der Notverordnung ist nichts von den Nazis geschehen, um das Volk vor den ungeheuren Auswirkungen der Notverordnung zu schützen.

Sie haben nichts getan, um in Verhandlungen mit der Regierung die Aufhebung oder Milderung der Notverordnung zu erreichen.

Sie haben den Zutritt des Ueberwachungs Ausschusses des Reichstages zu verhindern gesucht, damit dort keine der Regierung unbequemen Beschlüsse gefaßt wurden.

Sie haben versucht, die Notverordnung totzuschweigen und jede Diskussion unter ihren Anhängern über sie zu verhindern.

Ihre Presse hat sogar die Notverordnung zu rechtfertigen versucht, hat gelogen, sie sei das Erbe Brünnings, und ausdrücklich erklärt, die Regierung müsse „dem Volk Opfer auferlegen“.

Die Empörung des Volkes gegen Papens Hunger-Notverordnung hat das böse Gewissen der Nazis geweckt, die diese Notverordnung toleriert haben. Jetzt wollen sie Entrüstung mimen.

Demgegenüber steht fest: Die Nazi-Presse hat zuerst die Notverordnung überhaupt totgeschwiegen.

Als das nicht gelang, hat sie eine rosarot gefärbte Darstellung ihres Inhaltes gegeben.

Dabei hat sie sogar zur Rechtfertigung der brutalen Eingriffe geschrieben:

„Wir können uns vorstellen, daß eine Regierung, die von ihrer Vorgängerin ein Erbe übernimmt, das sich in wirtschaftlicher Hinsicht nur mehr als Konkursmasse bezeichnen läßt, unter Umständen gezwungen sein kann, dem Volke Opfer aufzuerlegen.“ („Angriff“, Nr. 125, vom 16. Juni 1932.)

Vor allem aber: Goebbels hat als Reichspropagandaleiter sogar jede Diskussion über das Kabinett Papen, seine Notverordnung, seinen Kampf gegen den Wohlfahrtsstaat verboten. In einem Geheimbefehl sagt er:

„Jede Diskussion über das Kabinett von Papen hat seitens aller Parteiglieder in diesem Wahlkampf zu unterbleiben.“

Im Württembergischen Landtag zogen die Nazis am 7. Juni einen zwei Wochen vorher eingebrachten Antrag zurück,

„bei der Reichsregierung und im Reichsrat sofort härtesten Einspruch gegen die geplanten neuen Notverordnungen der Reichsregierung zu erheben.“

Begründung: Dieser Antrag sei nunmehr gegenstandslos.

Bei Brüning: härtester Protest; bei Papen: vollste Deckung. Es gibt keine bessere Bestätigung für das Bündnis Hitlers mit den Baronen.

Waffen bei den Nazis

Warum gibt die Polizei nichts Näheres bekannt? Nazibanden wurden entwaffnet - Welche Strafen kommen in Frage?

Ueberfälle der Nazis auf Andersdenkende werden wieder zu einer täglichen Erscheinung, aber da nach dem neuen System solche Vorkommnisse unterdrückt oder mindestens stark frisiert werden, wird der Öffentlichkeit jeden Tag bewiesen, daß Ruhe und Ordnung wiederhergestellt ist. Diese Taktik ist vor allen Dingen erforderlich, wenn die Nazis als Angreifer in Frage kommen.

In der Frankfurter Straße wurden in der Nacht zu Montag zwei Männer von einer Nazi-Horde niedergeschlagen. Einer der Verletzten mußte sich in Behandlung eines Arztes begeben, ein zweiter mußte in das Krankenhaus geschafft werden.

Gestern Abend fand irgend ein geheimer Appell der Nazis im Schießwerder statt. Wie wir von beobachtenden Anwohnern erfahren, sind die Banden nach Waffen durchsucht worden, und die Polizei soll dabei ein ganz anständiges Waffenlager gefunden haben.

Bis Redaktionsschluß ist ein amtlicher Bericht der Polizei über die Art und Zahl der gefundenen Waffen nicht herausgegeben worden. Man weiß nicht, ob das Zusammenzahlen der Waffengeräte so lange dauert, oder ob es irgendwem im Präsidium unangenehm ist, daß die „unschuldigen“ SA-Banden mit einer amtlichen Mitteilung der Polizei wieder einmal als die bewaffneten Banden an den Pranger kommen sollen.

Heraus zum Endkampf!

Letzte große Wahlkundgebung Freitag 20 Uhr in der Jahrhunderthalle

Es werden sprechen:

Breitscheid der Vorsitz. der SPD.-Reichstagsfraktion

Lüdemann der von Papen abgesetzte Oberpräsident

Das neue Papen-Hitler-System bekommen die Arbeitslosen jetzt deutlich zu spüren

In diesen Tagen beginnt sich bei den Opfern der Wirtschaftskrise den Arbeitslosen, das „neue System“ auszuwirken. Die Unterstützungszahlungen werden heute und die nächsten Tage nach dem neuen Papenschen Muster ausbezahlt, und wer bisher glaubte, er habe nichts mehr zu verlieren, der wird am Zahlenschalter von der Höhe des brutalen Abbaues überrascht.

Wer als verblendeter Arbeitsloser etwa noch vor einigen Tagen erkrankt war über die Kunde von der gewaltigen Entfremdung der Preußischen Regierung, der erkrankt als Unterstützungsempfänger von heute ab den Schlag, der gegen sein eigenes Lebensniveau geführt wird. Die Freude über die Beseitigung der Marxisten wird also sehr schnell durch eine andere Ueberreaktion abgelöst. Man hat in der Papen-Verordnung den Unterstützungsabbau zwar hinausgeschoben, aber glaubte trotzdem, ihn noch in der letzten Woche vor der Wahl durchführen zu können. Man bietet also allen Arbeitslosen schnell noch die Gelegenheit, das neue System wenigstens in seinen Anfängen zu studieren.

Was da abgezogen wird, ist nicht von Pappe, und es versteht sich von selbst, daß der enorme Unterstützungsraub im Brennpunkt aller augenblicklichen Debatten steht. Natürlich erscheinen die Nazis auf dem Plan und erklären: „Das ist noch von

Brüning!“ Sie verleugnen schon wieder, was sie noch vor einigen Wochen gesagt haben, nämlich: „Wenn das System beseitigt wird, gibt es keine Notverordnungen mehr und die bereits vorhandenen werden aufgehoben!“

Das „System“ ist, wie die Nazis heute selbst freudig bekennen, beseitigt, und es ist nichts anderes als Wahlmasche, sich heute hinzustellen und zu sagen, der Abbau wäre noch von Brüning. Fragt einmal die Leute, wo das Arbeitsbeschaffungs- und Siedlungsprogramm geblieben ist, das in dem Brüning'schen Entwurfe stand? Fragt sie einmal, warum Brüning abtreten mußte, wenn das neue System angeblich weiter nichts ist, als Brüning's Entwurfe zu verwirklichen. So sehen die Brüder aus! Wenn sie keine anderen Dinge im Schilde führen würden, hätten sie ganz gewiss den alten Kanzler allein einen Unterstützungsabbau durchführen lassen. Aber das taten sie eben nicht, weil das „neue System“ ans Ruder kommen sollte. Nun ist es da. Bier, sechs, acht, zehn Mark sind plötzlich von den Unterstützungen abgezogen! Jeder bekommt zu verspüren, daß er noch etwas zu verlieren hatte. Um etwas dazu, auch dem letzten Marxumacher, daß nächsten Sonntag auch die Möglichkeit besteht, eine Antwort zu geben:

Liste 1, Sozialdemokraten wählen!

Wir nehmen an, daß die entwaffneten Mordkolonnen nach der für Breslau gültigen Strafverfügung abgeurteilt werden und sich die Komödie, die sich vorige Woche vor dem Berechtigtengericht abspielte, nicht wiederholt.

Noch die deutsche Sprache

Da hat wieder einmal einer geschrieben, wie das alle Tage vorkommt. Ein Genosse in der Innenstadt erhielt folgenden Brief:

Reichs Banane

Kohtes Wortgefeind el nehmt euch in nacht eure Kohten Lumpen zur Ansicht aus die Fenster raus zu hängen wen ihr es nicht unter lassen könnt, so wird euch ein Bombe zum Fenster rein fliegen Das ihr Kohtes Wortgefeind el alle erlebicht sind Heil Hittlan

Warum dieser Brief „eines Deutschen“ veröffentlicht wird? Weil er als Kulturdokument der Nachwelt überliefert werden soll. Es wird schon immer gesagt, daß die deutsche Sprache besonders schwer sei, aber wir glaubten bisher immer, diese Behauptung komme von den Ausländern. Da ist nun einer 8 Jahre in die Schule gegangen, um so einen Brief zu verbrehen. Man sieht ihn ordentlich da sitzen und am Federhalter tauen. Man täusche sich nicht, daß er überhaupt schreibt, ist der Beweis

einer Vorübung für das Dritte Reich. Aus jedem Worte fliekt nur so die Qualifikation zum Würdenträger des neuen Systems. „Sittlans“ Breslauer Führer müssen den Mann unbedingt vormerken, er muß mindestens Sachverständiger für die deutsche Sprache werden!

Die Fahnen heraus

Kein Mensch kann das Flagen verbieten

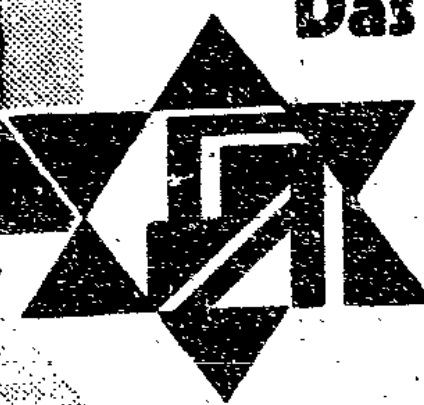
Der Befehl unserer Partei, in diesen Tagen zu flagen, scheint manchen Hausbesitzern Unlaf zu sein, Forderungen an ihre Mieter zu stellen. So soll die Kohlenhändlerin und Hausbesitzerin Frau Rinke aus der Paradiesstraße am Sonntag ihre Tochter zu einem Mieter entandt haben, mit der Aufforderung, die Fahne hereinzunehmen. Sie ließ weiter sagen, sie hätte sich auf dem Polizeirevier in der Feldstraße erkundigt und dort wäre ihr versichert worden, sie können diesbezügliche Forderungen an ihre Mieter stellen. Unser Freund ging nun auch seinerseits zu dem gleichen Revier und es wurde ihm der Bescheid, daß die Behauptungen der Frau Rinke niemals von der Polizei gegeben worden sind, weil es gar keine gesetzlichen Bestimmungen gibt, die irgendwem das Hissen einer Fahne verbieten können. Die Fahne blieb also selbstverständlich draußen!

Ganz leicht

ist es, sich vom Rauchen teurerer Preislagen abzuwenden, da es jetzt endlich die Qualitäts-Zigarette zu 3 1/2 Pfg. gibt.

Das ist die Zigarette, auf die alle bisherigen Fünfpfennig-Raucher gewartet haben:

Bulgaria Sport, die 3 1/3 der Bulgaria mit Sport-Photos









# Kobelaue Mord aufgeklärt

## Rühmel gesteht — Der Mörder nimmt am Begräbnis seines Opfers teil

Am Sonnabendmittag hat der unter dem bringenden Verdacht des Mordes an dem Gastwirt Tschowitsch aus Frankenstein verhaftete 31 Jahre alte Stellenbesitzer Max Rühmel aus Kobelaue ein Geständnis abgelegt.

Tschowitsch verhandelte am 18. Juni in der Nähe des Kobelaue Wäldchens abends gegen 9 Uhr mit R. über die Herausgabe von mehreren Wirtschaftsgegenständen, die er ihm beim Verkauf des Grundstückes zur vorläufigen Benutzung überlassen hatte. Der Ermordete hatte auf der R.schen Wirtschaft eine Hypothek von 9000 Mark stehen. Im Laufe dieser Unterredung kam es zwischen den Beiden zu heftigen Auseinandersetzungen. R. verließ schließlich die Wohnung und wollte am Montag wiederkommen, um sich die Gegenstände, eventuell mit Gewalt, herauszuholen, nahm sein Jagdgewehr, versteckte sich am Südeingang des Kobelaue Wäldchens und lauerte seinem Gläubiger, der auf der Heimfahrt diese Stelle passieren mußte, auf. Als dieser etwa auf eine Entfernung von 10 Meter herangekommen war, gab er zwei Schüsse aus seinem Jagdgewehr ab. Schwerverletzt stürzte T. vom Abde, richtete sich aber nochmals auf und schleppte sich bis in das Haferfeld, wo er später gefunden wurde. Während nun der Mörder das Fahrrad seines Opfers bald mitnahm, begab er sich morgens gegen 3 Uhr nochmals an den Tatort und nahm dem inzwischen verstorbenen T. den Trauring, die Uhr und die Brieftasche ab, um einen Raubmord vorzutäuschen.

Als der Mord in Kobelaue bekannt wurde, ging R. mit anderen Neugierigen an den Tatort. Auch an der Beerdigung des Ermordeten hat der Mörder mit seiner Ehefrau teilgenommen.

### Furchtbare Bluttat

Heute früh gegen 2 1/2 Uhr wurde in Groß-Guth bei Nimpfisch die Freiwillige Feuerwehr alarmiert, da bei dem Sattlermeister Wilhelm Lindner ein Brand ausgebrochen war. Da von den Bewohnern des brennenden Hauses niemand zu finden war, wurde von der Feuerwehr die Tür zur Wohnung gewaltsam geöffnet und im Besitz des Oberlandjägers die Wohnung durchsucht.

Den Eintretenden bot sich ein entsetzlicher Anblick. In der einen Stube fand man die Frau Johanna Lindner und ihre Tochter Frau Alborn im Bett liegend blutüberströmt tot auf. Im Nebenzimmer lag die 80jährige Pflegemutter des Lindner, Frau Pauline Lindner, ebenfalls tot. Den Sattlermeister Lindner fand man nach langem Suchen auf dem Boden erhängt vor. Das Haus selbst war an etwa zehn Stellen angezündet worden. Der Brand konnte bald gelöscht werden. Die furchtbare Bluttat dürfte von dem Sattlermeister in einer Art Blutrausch begangen worden sein. Am Bett der Frau lag der große Wolfshund, ebenfalls erschlagen. Ferner fand man einen Korb mit jungen Gänzen, die sämtlich getötet waren. Die Leichen wiesen furchtbare Sieb- und Stichwunden auf, der Pflegemutter war mit einer Art der Schädel gespalten worden. Das Motiv der Tat ist noch nicht einwandfrei geklärt, doch dürften eheliche Zerwürfnisse den Mörder zu seiner grauenhaften Tat veranlaßt haben.

### Ersatzreserve vor

Die vertretungsweise Verwaltung des Regierungspräsidenten in Pommern wurde dem bisherigen Vizepräsidenten beim Oberpräsidium Brandenburg von Hahnke übertragen. Hahnke gilt als loyaler und tüchtiger Verwaltungsbeamter von konservativer Grundhaltung. Es wird sich erweisen müssen, ob seine Tätigkeit nun ein wesentlich verändertes Bild in der Wahrung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, der angebotenen Bewegung aller bezuglich Pommern, herbeizuführen in der Lage ist. In Pommern hat bezuglich Pommern herbeizuführen in der Lage ist. In Pommern hat man den Regierungsrat Dr. Hueter mit der Verwaltung des Polizeipräsidiums beauftragt.

In Pommern hat man den Regierungsrat Dr. Hueter mit der Verwaltung des Polizeipräsidiums beauftragt. Von Herrn Hueter wird in der Zentrumszeitung berichtet, daß er sich als Pressereferent bei der Gesandtschaft in Belgrad, sowie bei der Botschaft in Konstantinopel und Sofia gute Kenntnisse des Balkans angeeignet habe, was ihn wohl nach Meinung des Preußenkommissars besonders für Oberbefehlshörer geeignet erscheinen läßt. Politisch steht er der Volkspartei nahe.

## Aus der Umgebung

### SA-Mannschaften

#### mishandeln einen Landarbeiter

Bei Groß-Schottgau überfielen am Freitag durchsahrende SA-Leute den polnischen Landarbeiter Lich, der keiner Partei angehört, noch für irgend eine politische Betätigung hatte und mishandelten ihn derart, daß ihm mehrere Zähne ausgeschlagen und der Unterkiefer schwer verletzt wurde.

Der Unfall zu dieser wahrhaft deutscher Art würdigen Heldentat war ein kleiner Junge, der „Heil Mostau“ gerufen und damit den furor teutonius der in einem Personenwagen vorbeifahrenden Bürgerkriegssoldaten geweckt hatte. Mit dem Rufe: „Wo sind die Mostaujünglinge?“ durchsuchten sie dann im Sturmschritt und mit geschwungenem Gummitüppel das Dorf, Gasthaus und verschwand mit Minibeseite, ehe Feststellungen über ihre Personen gemacht werden konnten. Anscheinend kamnten die Wegelagerer aus Oberschlesien.

## Paul Löbe

### spricht

#### am Sonnabend, dem 30. Juli 1932

#### um 20 Uhr in Kamth

#### um 21 Uhr in Koberwitz

Zaungarten. In einer gut besuchten Versammlung sprach hier am Sonnabend Genosse Gottwald über das Thema „Volkfront gegen Hitler“. Mit einem kräftigen „Freiheit“ konnte die gutverlaufene Versammlung geschlossen werden.

Aniegnitz. Erfolgreiche Versammlung. Am Sonnabend fand hier eine gutbesuchte Versammlung statt, in der Genosse Lehmann über das Thema „Eiserne Front gegen Hitlerbarone“ sprach. In bester Kampfstimmung konnte die Versammlung mit einem dreifachen „Freiheit“ geschlossen werden.

**Sozialdemokratische Partei**  
Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimpfisch  
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Garschauer (Nimpfisch) Zimmer 170-174  
Telephon 2904, 2906  
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch Freitag von 9-13 u. 16-19 Uhr

### Die Eiserne Front ruft!

#### Mittwoch, den 27. Juli, 20 Uhr

Bettlern: Lokal Berg-Grünhübel; Redner: Genosse Fuhrmeister.

#### Donnerstag, den 28. Juli, 20 Uhr

Brodau: Lokal Mende; Redner: Genosse Dr. Hamburger.  
Schmolz: Lokal Kabis; Redner: Genosse Karl Mache.  
Guta: Redner: Genosse Hermlein.  
Groß-Niedlich: Lokal Die; Redner: Genosse Kleinert.  
Nieschütz: Lokal Laugwitz; Redner: Genosse Dr. Korn.  
Tschowitz: Lokal Schaub; Redner: Genosse Zimmer.  
Palschütz: Lokal Dreher; Redner: Genosse Fuhrmeister.  
Olbarn: Lokal Brunke; Redner: Genosse Kautelczynski.  
Gallowitz: Lokal Ehrenberg; Redner: Genosse Beyer.  
Ober-Stephansdorf: Lokal Rißel; Redner: Genosse Faulhaber.  
Belsau: Redner: Genosse Gottwald.  
Priffelwitz: Lokal Kirstein; Redner: Genosse Blajsch.

## Faschistenterror in Namslau

In Namslau wurde am Sonntag eine Kundgebung der „Eisernen Front“, ohne daß die örtlichen Behörden oder Landrat hiergegen irgendwelche Maßnahmen ergriffen, durch Nationalsozialisten unmöglich gemacht. Schon am Nachmittag hatten Nationalsozialisten die Zugangsstraßen zur Stadt besetzt. Gegen 4 Uhr stürmten dann ungefähr 500 SA-Leute mit dem Rufe „Mache für Hitler“, den Saal, in dem Genosse Löbe reden wollte und warfen dabei natürlich alles nieder, was ihnen in den Weg kam. Um erste Zusammenstöße zu verhindern forderte der Versammlungsleiter die Arbeiter auf, sich in den Saal der Parallelendgasse zu begeben. Auch hieran wurden die Versammelten durch die Bürgerkriegssoldaten gehindert und dabei sämtliche Dekoration, Bühnen und Fahnen abgerissen. Die Polizei kam dem Ersuchen des Versammlungsleiters, den Saal zu räumen nicht nach. Nur der Besonnenheit der Namslauer Arbeiterschaft ist es zu verdanken, wenn es zu keinem Blutvergießen kam.

Die gepöbelte Versammlung wurde zwei Stunden später in der Nachbarstadt Bernstadt unter dem Schutz von Delfer Reichsbanner abgehalten.

## Landfriedensbruchprozeß um eine Schlägerei in Marklissa

Vor dem Schnellhöfengericht Görlitz hatten sich am Donnerstag elf Kommunisten bzw. Sozialdemokraten aus Marklissa und Umgebung wegen Landfriedensbruches, Hausfriedensbruches, Aufruhrs, Bedrohung und Beleidigung zu verantworten. Die Angeklagten hatten nach einem Bericht des Wolfischen Landesdiensts am 5. Juli in Hartmannsdorf eine von den Nationalsozialisten einberufene Parteiversammlung gegen den der SPD angehörenden Hauptlehrer gestört, sich dann auf der Landstraße zusammengedrängt und gemeinsam Nationalsozialisten verprügelt, bedroht und beleidigt. Der Staatsanwalt beantragte, Zuchthausstrafen von einem Jahr, zwei Monaten bis zu einem Jahr, vier Monaten und Gefängnisstrafen von zwei Wochen bis zu sechs Monaten. Nach längerer Beratung verurteilte das Gericht, das die Lage offenbar erheblich anders beurteilte, in später Nachtstunden haben Angeklagte zu Strafen von 50 Mark bis zu einem halben Jahre Gefängnis. Vier Angeklagte wurden freigesprochen. Bei einem wurde die Strafe als durch die Untersuchungshaft verbüßt erachtet und die Haftbefehle wurden aufgehoben. Bei den anderen drei, bisher in Haft befindlichen Angeklagten wurde die Untersuchungshaft auf die Strafe voll angerechnet.

## Zusammenstöße in Schlesien

Die letzten Tage brachten — abgesehen von dem Faschistenüberfall auf das Bunzlauer Volkshaus — wieder eine Reihe politischer Zusammenstöße. So kam es in Goldberg anlässlich des Durchzugs von SA-Leuten verschiedentlich zu schweren Ausschreitungen. Als gegen 10 Uhr abends auf dem Ring eine Person verhaftet wurde, soll die Polizei mit Bierflaschen beworfen worden sein. Der Polizeihauptwachmeister gab schließlich, nachdem er die Menge aufgeföhrt hatte, zurückgehen, mehrere Schüsse gegen den Boden ab. Durch abfallende Kugeln erhielt der aus Neugierde mitgegangene Sohn des Kaufmanns Kurfürst einen Stechfuß in den Oberknie und die Fabrikarbeiterin Göhr ein Beinverwundung. Zur Wiederherstellung der Ruhe wurde in Neigitz weinende Görlitzer Schupojäger alarmiert.

Durchsahrende SA-Leute bombardierten in Niesitz O.S. die Buchhandlung See bald, deren Inhaber als Sozialdemokrat bekannt ist, mit Feld-, Pistolenkugeln, Tomaten und Kaffeeschalen. Eine große Schaufensterheide und ein Kellner-Bücherkasten gingen in Trümmer. Im Laden wurde durch die Wirtin ebenfalls erheblicher Schaden angerichtet. Das Auto hatte die Erkennungsnummer abgeblendet, soll aber doch als aus Kamth stammend erkannt worden sein.

Am Montag kam es — nach dem mißlungenen Überfall des Sturm 154 der NSDAP auf das Volkshaus — vor dem Bunzlauer Arbeitsrat zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und politischen Gegnern. Die Nationalsozialisten forderten „Hilfe“ aus dem SA-Heim an, ein herbeieilender Trupp von 47 SA-Leuten wurde von der Polizei wegen Herbes gegen das Demonstrationsverbot festgenommen und später unter Polizeilicher Bedeckung ins SA-Heim zurückgebracht.

Ein ganz tolles Stück leisteten sich Nazi-Landsknechte in einem Lastkraftwagen im Kreise Kofel O.S., indem sie — jenseits der Grenze — vom Wagen aus mit Kneten und Kneten auf einen rastenden Briefer, Vater Mocha, der auf einer deutschen Mission in Brasilien tätig ist und in Sakras, Kreis Kofel keinen Urlaub verbringt, einschlugen. Der Heberfallene wurde vom Rade, konnte sich aber trotz der Misshandlungen halb wieder erheben und verfolgte den Kraftwagen. Als die Nazis ihn wieder erblickten, riefen sie ihrem Chauffeur zu, schneller zu

fahren, sonst hole sie der geschlagene Vater noch ein; das Auto mit den Wegelagerern entkam dann. Die Täter sind inzwischen festgesetzt.

In Hindenburg kam es zu einer Schlägerei zwischen Nazi- und Kommunisten während ein Mitglied ein Polizeibeamter in Begleitung von SA-Leuten, die von ihm anscheinend für Hilfspolizisten verwendet wurden, eine sozialdemokratische Liebeskolonne anhielt und mit vorgehaltener Pistole den Angehörigen der Kolonne befahl, sich hinzulegen. Dann beauftragte er zwei Nazis, zur Polizeiwache zu gehen und Verstärkung heranzuholen. Als die Angehörigen der Liebeskolonne den Tatbestand zu Protokoll geben wollten, wurde ihnen das verweigert; protokolliert wurden ausschließlich die Aussagen der Nationalsozialisten. In der gleichen Zeit verübten SA-Leute etwa 100 Meter entfernt, einen Feuerüberfall auf Kommunisten. Ein Kommunist wurde durch einen Oberknieerschuss schwer verletzt.

### Raubüberfall auf einen Bahnhof

Auf dem Bahnhof Lewin drangen in später Abendstunde zwei Männer in den Dienstraum ein, hielten den anwesenden Beamten mit einer Pistole in Schach und raubten die Geldkassette, in der sich aber nur 8 Mark befanden. Die Räuber entkamen unerkannt.

## Getarnte Bürgerkriegsarmee

### Ein interessanter SA-Sturmbehehl

Dieser Tage veröffentlichte die „Sozialistische Arbeiterzeitung“ das Faksimile des nebenstehenden SA-Sturmbehehls:

Dieser Befehl ist überaus aufschlußreich. Er stammt von dem Tage vor der Beerdigung der Ohlauer Todesopfer und erweist, daß die auch so harmlose SA zu irgendwelchen nicht sehr klaren Zwecken in Zivil mit Abzeichen unter dem Rock tragen und der Armbinde in der Tasche zusammenkam und hierbei „Geräte“ mitzubringen hatte, über deren Beschaffenheit sich wohl — mit Ausnahme der Staatsanwaltschaft — niemand im unklaren sein wird. Der Preußenkommissar und sein Hilfsarbeiter Dr. Bracht haben hier also reichlich Gelegenheit, den Ursachen der auch nach unserer Ansicht erheblich gestörten Ruhe und Ordnung in Preußen nachzugehen. Daß dabei ein Wachmeister der Breslauer Schupo, der vielleicht nicht auf Anpfiff des Herrn Heines stammte, als Kommunist denunziert wird, kann zur Erheiterung harmloser Gemüter dienen.

Bemerkenswert ist auch der Versuch, Beamte, die nicht genehm sind, zu terrorisieren, zu welchem Zweck man Name und Art der Klettendorfer Polizeiverwaltung zu erfragen bestrahlt ist. Herr Kohnstedt scheint noch ziemlich neu in seinem Amt zu sein, sonst würde er, wenn er seine Mannen aus der Kurassierstraße in Breslau stets im Opperauer Loeschlösch zusammenzieht, schon wissen, daß in Klettendorf nicht die Nationalsozialisten, sondern die „Mazgisten“ maßgebend sind und fürderhin auch bleiben werden. Auch die Meldung der Wohnungsanschrift zwecks organisierter Heberfälle wird weber der Gemeindevorsteher noch die Polizeiorgane in Klettendorf veranlassen, ihres Amtes zu wachen.

1. Heute 20 Uhr Versammlungsschutz in Niederhof bei Opperau. Der Sturm sammelt sich 18.30 im Loeschlöschchen. Jeder Trupp bringt höchstens 2-3 Stück von den Geräten mit, die am Mittwoch abd. besprochen worden sind. Anzug für heute Abd.: Zivil, Armbinde in der Tasche, Abzeichen unter dem Rockaufschlag.
2. Heute 16 Uhr meldet sich Truf. Barasch in Uniform in B. E. B. muss heute Abd. 20 Uhr in Terrassenrestaurant an der Jahrhunderthalle ein Gedicht vortragen anlässlich des Konzertes der S. A. / B. sucht sich das Gedicht selbst vorher aus. Am besten ein Gedicht wählen aus dem "Unbekannten S. A. Mann"
3. Es wird bekannt gegeben, dass der Polizeiwachmeister Leguda, Siebenhufenerstrasse 42 pt. Kommunist ist.
4. Da die Klettendorfer Landjäger unseren Überfallenen Schutz vereigern, ist umgehend namentliche Feststellung anzukündigen der Landjäger und des Ortsvorstehers zu machen (mit Wohnungsanschrift) Meldung hierher.

Y. d. R. Der Führer des Sturmes 13/11  
Kirassierstrasse.  
K o h n s t e d t.  
Sturmverwalter. Sturmführer.

Drei Meile über Land!

Die Offensive der „Eisernen Front“!

Man schreibt uns aus einer kleinen Stadt in der Provinz Sachsen:

Während in den Großstädten der Terror der SA-Horden blüht...

Ein Gang durch die Hauptstraße der kleinen Stadt an der Elbe...

Razi-Terror

Ein jugendlicher Erntearbeiter, ehemaliger Kommunist, geht in die Wahlversammlung...

Auf freier Straße gehen die Salzfleurer Soldaten in ihren Notverordnungsstellen...

— und Freiheitspropaganda

Desto spurloser sind die Razi-Helden verschwunden, wenn die Propagandatruppe...

Mordfall

In Marzahn bei Berlin hat ein Unbekannter eine Frau, die sich seinen Belästigungen widersetzt...

Raubüberfall

Unweit Pirna überfielen zwei bewaffnete Männer einen Kraftwagen...

Bootsunglück auf der Donau

Drei Tote

In Regensburg übten sich auf der zurzeit hochgehenden Donau zwei Burken...

Gronau Amerikaflug

von Gronau ist gestern in Vigint auf Grönland gelandet. Er trat noch gestern den Weiterflug an...

Sprengstoff-Fund

In der Nähe von Hoya (Provinz Hannover) entdeckte ein Knecht beim Himbeerpflücken drei mit Laub zugedeckte Kisten...

Elfi Seinhorn zurück

Am Montagmorgen traf die Fernfliegerin Elfi Seinhorn an Bord des Motorfluggeschiffes „Cap Rorie“...

Santos-Dumont

Einer der Pioniere der Luftschiffahrt, der Brasilianer Santos-Dumont, ist in Rio de Janeiro im Alter von 58 Jahren gestorben...

wandte sich Santos-Dumont der Konstruktion von Flugzeugen zu und stellte 1906 den ersten offiziellen Flugzeugmotor auf...

Ein Gräberfeld

In der Nähe von Wegenstadt (Kreis Garbelegen) wurde ein aus dem vierten bis dritten Jahrhundert vor Christus stammendes Gräberfeld entdeckt...

Bezwingung des Quasacaran

Der vom Deutschen und Oesterreichischen Alpenverein unter Leitung seines dritten Vorsitzenden...

Insulin-Prüfung

Das „Deutsche Insulin-Komitee“ berichtet über die von ihm vorgenommene Prüfung der von deutschen chemischen Firmen herausgegebenen Insulin-Fabrikate...

Das Insulin wurde von den Physiologen Banting und Best im Macleod-Institut in Toronto (USA.) zum erstenmal hergestellt...

Es wurden nur der Name Insulin, nicht aber das Verfahren geschützt. Macleod bestimmte lediglich, daß in allen Fabriken der Welt...

Schwere Blutad eines Raubhohls

Rattomig. In der Gastwirtschaft Urbach in Stotzhan (Kreis Leichen) verlangte der 27-jährige Josef Valente...

Ein Giftmord

Im Hafen von Washington lief ein mit 200 Passagieren besetzter Ausflugsdampfer ein: die Passagiere waren auf einer kurzen Fahrt sämtlich an schweren Vergiftungserscheinungen...

Heil des Lebens

Das Pariser Pasteur-Institut empfing dieser Tage den 71-jährigen Wiener Chirurgen Professor Ullmann mit großen Ehrungen...

Ehrung der Kunst

Die große französische Chanson-Sängerin Yvette Guilbert wurde von der französischen Regierung zum Ritter der Ehrenlegion ernannt.

Der Präsidentenmord vor Gericht

Vor dem Pariser Schwurgericht begann am Montag nachmittag der Prozeß gegen den Präsidentenmörder Gorgulow...

Nach dem Personalverhör Gorgulows, der von der Verteidigung des Mörders von Laurès, Rechtsanwalt Gérard und Rechtsanwalt Roger...

Beim Verhör Gorgulows fragte der Präsident, ob er, als er noch in Rußland lebte, mit kommunistischen Kreisen in Verbindung gestanden habe...

fügte er hinzu, daß seine Idee stärker gewesen sei als sein Wille. Er habe im übrigen sofort Selbstmord begehen wollen...

Schließlich gab Gorgulow zum Publikum gewandt folgende Erklärung ab: „Frankreich, höre mich an! Ich bin Paul Gorgulow, der Vertreter von 100 Millionen Russen...“

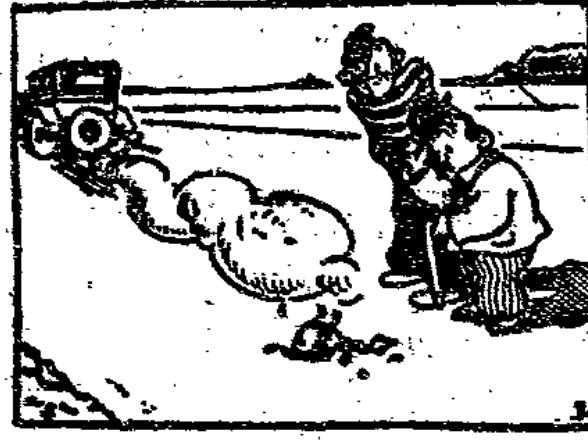
Im Anschluß begann das Zeugenverhör. Der Schriftsteller F. F. F., der damals durch zwei Schüsse verwundet wurde...

Die bösen Streiche von Peter Lustig und Josef Eisenbart

Text von J. M.

Zeichnungen von Bartold.

(Nachdruck verboten.)



Peter leuchtete bejahend. „Gut, dann machen wir zusammen!“ sagte der andere, sich aufrichtend. „Ich heiß Josef Eisenbart...“

Aber das Laufen mit einem leeren Magen ist fürwahr keine leichte Aufgabe. „Junge, Junge“, sagte der Lange, sich den Magen reibend...

## Wirtschaftspolitische Zwischenbilanz

### Weshalb wählen wir am 31. Juli sozialdemokratisch?

Seit dem 1. Juni regiert das Kabinett von Papen—von Schleicher, in dem die wirtschaftspolitisch entscheidenden Ministerien, das Reichsernährungsministerium durch den Freiherrn von Braun, den Vertrauensmann des Landbundes, und das Reichswirtschaftsministerium durch den früheren Direktor des Chemietrusts, Professor Warmbold, geleitet werden.

Was hat diese Regierung, die auf unparlamentarischem Wege, getragen von der nationalsozialistischen Welle, ans Ruder gekommen ist, in ihrer bisherigen Regierungsetz zum Nutzen oder zum Schaden für die deutsche Wirtschaft getan?

Sie hat zunächst durch die brutale Kürzung der Unterfügungen und Renten in der Notverordnung die innere deutsche Kaufkraft, vor allem für die Massengüter des Nahrungsmittelebens weiter gedrosselt.

Sie hat weiter die von der Regierung Brüning geplante, vom Reichstag beschlossene Arbeitsbeschaffungsanleihe, durch die ein größeres Arbeitsbeschaffungsprogramm finanziert werden sollte, begraben, ohne einen Erfolg dafür zu schaffen.

Auf dem Gebiet der Handelspolitik hat der Reichsernährungsminister ein großes Programm der landwirtschaftlichen Schutzsollerböhrungen und der Abspernung vom Außenmarkt ohne Rücksicht auf die Auswirkungen für den deutschen Industrieexport aufgestellt. Aber man ist nicht bei der programmatischen Aufstellung geblieben, man hat auch nicht nur die Vorarbeiten für eine geplante Margarinesteuer und für eine praktische Durchführung eines Buttereinfuhrverbots betrieben, sondern man hat vor allen Dingen auch einen wichtigen praktischen Schritt zur Verschlechterung der deutschen Industrieausfuhr getan durch die Kündigung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages, die nach unverdächtigem Zeugnis der „Kölnischen Zeitung“ auf Befehl der Landwirtschaft erfolgte.

Es wird also der Kurs auf höchsten Agrarprotektionismus gesteuert. Dadurch wird der städtischen Bevölkerung die Lebenshaltung verteuert, es werden neue Hemmnisse für die deutsche Ausfuhr an Fertigwaren und damit für den Beschäftigungsgrad der Industrie hervorgerufen.

Damit aber nicht die Großlandwirtschaft allein von der Regierung der Freiherrn und Barone profitiert, haben auch die Schwerindustriellen schon ein Geschenk bekommen. Die innere Benzinausgleichsteuer, die seinerzeit bei der aus finanzpolitischen Gründen erfolgten Erhöhung des Benzinsolls eingeführt wurde, ist praktisch beseitigt worden. Sie ist nur noch der Form halber in Höhe von 10 Pf. aufrechterhalten worden. Das bedeutet für die Produzenten von Benzol, die Schwerindustrie, und die Produzenten von künstlichem Benzin, den Chemie-Trust, ein Geschenk von mindestens 15 Millionen Mark für das Jahr.

Begünstigung der Großinteressenten und Drosselung des Massenverbrauchs sind die Kennzeichen der bisherigen wirtschaftspolitischen Regierungshandlungen. Weit schwerer als diese Einzelmaßnahmen zum Schaden der Gesamtwirtschaft wirken aber die verstärkten Lähmungen der Wirtschaft und jeder neuen Unternehmungslust aus, die ausgegangen sind von der verschärften inneren Unruhe, die das Kabinett Papen hervorgerufen hat.

Die Aufhebung des SA-Verbots, die Freigabe der neuen Uniform haben in Deutschland bürgerkriegsähnliche Erscheinungen hervorgerufen. Die Diktatur mit Militärgewalt in Preußen hat im Inland und im Ausland jeden Keim einer Festigung wirtschaftlichen Vertrauens erstickt.

Infolgedessen hat sich nicht einmal die jahreszeitlich bedingte Entlastung am Arbeitsmarkt auswirken können, sondern wir haben sogar trotz des ungeheuren Hochstands der Arbeitslosigkeit um Mitte Juli bereits wieder steigende Arbeitslosenzahlen.

Unter der innerpolitischen Beunruhigung sind auch alle biologisch günstigen Wirkungen, die etwa von dem Einfließen der Regierung von Papen in die erfüllungspolitische Linie in Lausanne hätten ausgehen können.

Die Zwischenbilanz von acht Wochen Freiherrnberherrschaft spricht auf wirtschaftlichem Gebiet eine klare Sprache. Junker und Schwerindustrielle haben ein Interesse an der Aufrechterhaltung dieser Regierung von Hitlers Gnaden, alle anderen Kreise des Volkes haben ein Interesse daran, sie durch die Abstimmung vom 31. Juli zu bejähren.

Dabei muß man sich darüber im Klaren sein, daß das, was bisher von dem Programm der Großinteressenten gegen die Interessen der Gesamtwirtschaft, gegen die Interessen vor allem der deutschen Arbeiterklasse, der Bauern, der kleinen und mittleren Gewerbetreibenden ausgeführt worden ist, nur ein durch die Kürze der Zeit gebotener bescheidener Anfang ist gegenüber den Interessentengruppen, auf die die Regierung der Freiherrn eingestellt ist, und für die die Nationalsozialisten, die sich „Arbeiterpartei“ nennen, die Schutztruppe bilden.

Gegen die Interessentenwirtschaft der Junker und Truppmagnaten stellt die Sozialdemokratie die Forderung

auf Stärkung der Massenkraft, Erweiterung der deutschen Absatzmöglichkeiten, Arbeitsbeschaffung und Umbau der Wirtschaft von der kapitalistischen Miswirtschaft zur sozialistischen Planwirtschaft.

Neben der politischen Entscheidung für Freiheit gegen Diktatur steht am 31. Juli die wirtschaftliche Entscheidung für eine Politik der Wohlfahrt der Massen gegen die Politik der Interessentenhäufen.

### Das ist doch peinlich

## Der Nazi-Sozialismus ist Aushängeschild

### sagt die reaktionäre „Deutsche Bergwerkszeitung“

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“, das Organ der Schwerindustrie in Rheinland und Westfalen, das sich seit Jahren um die Förderung der Nationalsozialistischen Partei bemüht, beschäftigt sich in seinen letzten Ausgaben auffallend viel mit Sozialismus und Sozialisierung. Wie das geschieht, dafür nur einige Proben: Schleichhandel, Kohlenkarte, Brot- und Butterkarte, Wohnungsmangel, Wohnungsamt — doch unbestritten Kinder des Kriegs und der Kriegsnot —, alles das ist der „Deutschen Bergwerkszeitung“, Sozialismus und Sozialisierung. Jeder blamiert sich schließlich so gut er kann. Wir würden auch der „Deutschen Bergwerkszeitung“ dieses Recht nicht verwehren und ihre Ideen über Sozialismus schmunzelnd zur Kenntnis nehmen, wenn die „Deutsche Bergwerkszeitung“ nicht den Nationalsozialismus in wirklich grauamer Weise entläßt und entlarzt. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ schreibt nämlich in ihrer Sonnabendausgabe:

„Aber trotzdem bleiben „Sozialismus“ und „Sozialisierung“ bei uns noch die neueste Mode, der „dernier cri“ des 20. Jahrhunderts, und auch die größte parteipolitische Bewegung aller Zeiten, die nationalsozialistische Partei, kann es sich nicht verzeihen, dieser Mode ihre Reverenz zu erweisen. Sollte sie freilich, zur Nacht gelangt, erträglich an irgendwelche

Mittwoch, 27. Juli, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17, großer Saal

### Angeestellten-Rundgebung

Das Mitglied des Afa-Bundesvorstandes, Kollege Bernhard Göring-Berlin spricht über

„Subventionen für Kapitalisten, Notverordnungen gegen Angestellte.“

Am 31. Juli 1932 haben die Angestellten darüber zu quittieren. Kein freigewerkschaftlicher Angestellter darf in der Rundgebung fehlen!

### Angstflügen der Reaktion

## Die Nazis reden von Arbeitsbeschaffung

### Und was stellt sich die Regierung Papen darunter vor?

Die Rechtspresse rührt die Werbetrommel für von Papen-Hitler und verspricht, daß die mit Hitler verbündete Papen-Regierung noch im Herbst dieses Jahres hunderttausende von Arbeitslose in Arbeit und Brot bringen werde.

Nur jagen die Lakaien der Nazi-Barone nicht, wie Papen-Hitler das machen werden. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokraten haben — und die Regierung Brüning war bereit, dieses Programm durchzuführen — ein großes Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt, das mit einem Betrage von 2 Milliarden Mark wirklich Hunderttausende in Arbeit und Brot hätte bringen können, ohne Inflation, ohne die Währungsfestigkeit und die Mark zu gefährden.

Die erste Tat der Hitlerbarone war, daß man dieses Programm, das die Billigung des Reichswirtschaftsrats gefunden hatte, einfach gerißt. Die Hitlerjünglinge haben aber den Massen so viel von Arbeitsbeschaffung erzählt. Also mußte man schon auf die Hitlerbarone drücken, daß sie wenigstens vor den Wahlen „so tun“, als ob sie täten.

Bruchstückweise erzählt man nun, was die Hitlerbarone unter Arbeitsbeschaffung verstehen.

Das erste Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung von Papen im Betrage von 135 Millionen Mark ist geradezu jämmerlich gegenüber der Tatsache, daß Millionen in Deutschland auf Arbeit warten.

Der Weg zum wirtschaftlichen Wiederaufstieg führt über die politische Selbstbestimmung des deutschen Volkes, über den Sieg der Diktatur 1.

Fritz Kapfahl

### Fusion in der Krastrad-Industrie

In der Krastrad-Industrie ist es zu einem Zusammenstoß zwischen der NSU, Vereinigte Fahrzeugwerke N e d a r s u l m und den Deutschen Motorradfabriken (D e r a d) in Spandau-Hafelhorst gekommen. Eine Konzentration in der Krastrad-Industrie würde notwendig durch die Lage des Absatzmarktes, der durch die Kaufkraftdrosselung immer schlechter geworden ist, dann aber auch durch die maßlose Nationalisierung, die eine nicht ausnehmbare Kapazität geschaffen hat. Das Unternehmen in Spandau ist Reichsbetrieb, während die NSU, von der Dresdener Bank, ebenfalls Reichsbetrieb, kontrolliert wird.

Sozialisierungsexperimente (im bisherigen Sinne des Wortes) herangehen, so ist zu vermuten, daß ihr alsbald neun Zehntel ihrer Anhänger wieder bananenfressen.

Aber vielleicht benutz auch sie das Wort „Sozialismus“ nur als Aushängeschild und gibt ihm nachher in der Praxis eine vollkommen andere Auslegung — was, nebenbei bemerkt, herzlich zu wünschen wäre.

Hier wird von einer Stelle, die engste Beziehungen zu Hitler unterhält, gesagt, was man vom „nationalen Sozialismus“ Hitlers zu halten hat. Eine Reverenz gegenüber einer „Mode“, über die man, wenn man zur Macht gelangt ist, lacht. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ wird wissen, daß, wenn die Nationalsozialisten in Deutschland das Heft in die Hand bekommen würden, nicht die Leute bestimmen werden, die heute den Köder des Sozialismus auswerfen, sondern die Leute, die die nationalsozialistische Partei finanzieren. Und das sind dieselben Leute, die die „Deutsche Bergwerkszeitung“ aushalten.

Aber auch aus einem anderen Grunde verdient die Auseinandersetzung gegen den Sozialismus in der „Bergwerkszeitung“ Beachtung. Es liegen bestimmte Anhaltspunkte dafür vor, daß die Nationalsozialisten auf die Regierung von Papen einen Druck nach der Richtung ausüben, doch etwas auf dem Gebiet der Verstaatlichung usw. zu unternehmen. Wahrscheinlich soll die nationalsozialistische Agitation damit neu belebt werden. Man will so tun, als ob man wirklich täte. Diesem Druck soll sich u. a. der General Schleicher zugänglich gezeigt haben. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ läßt demgegenüber keinen Zweifel, daß man auch nicht einmal die Illusion einer Verwirklichung des Hitlerischen Nationalsozialismus dulden wird.

Das Gefühl scheint man auch in der Regierung gehabt zu haben. Nun wartet man mit einem zweiten Tropfen auf den heißen Stein auf. Wieder wird ein nebelhaftes Arbeitsbeschaffungsprogramm angedeutet, im Betrage von rund 200 Millionen Mark. Man kann wohl feststellen, daß auch das für die Sache ist. Mit solchen Zämerlichkeiten kann man unter Wirtschaftsleben nicht ankurbeln. Darauf kommt es aber bei jedem Arbeitsbeschaffungsprogramm an.

Aber auch sonst muß man sich die geplante Arbeitsbeschaffungsmaßnahme der Hitlerbarone unter die Lupe nehmen. Kernstück dieses Arbeitsbeschaffungsprogramms soll das Abwracken von großen Schiffen sein, die überflüssig geworden sind. Es handelt sich da, wie sich unsere Leser erinnern werden, um eine Subvention an Großreedereien. Wir haben den Verdacht, daß sich diese Art Arbeitsbeschaffung als neue Subvention für Großreederei zu Lasten der Steuerzahler und der Arbeitslosen entpuppen wird.

Vom Arbeitsbeschaffen reden die Nationalsozialisten sehr viel. Sie wollen das „Ding“ durch die Inflation „drehen“. Damit würde keine Arbeit geschaffen, würde Angestellten, Beamten und Arbeitern der Lohn gekürzt. Wie wir das 1923 alle erlebt haben. Aber auch die gegenwärtigen Maßnahmen der Hitlerbarone haben den Geschmack von Notendruck. Die Reichsbank soll die geplante Arbeitsbeschaffung erst einmal finanzieren. Es kann sich dabei nur um regelrechte Finanzwechsel handeln. Und das ist auf jeden Fall, ganz gelinde ausgedrückt, nicht unbedenklich.

Am Sonntag! Gegen jede Inflation! Darum: Diktatur 1, Sozialdemokraten!

Arbeitslose Hammerchaftsmitglieder  
Mittwoch vormittag um 8 Uhr im Gewerkschaftshaus antreten.

## Hammerchaften!

### Freitag 20 Uhr letzter Kampfabend in der Jahrhunderthalle

### Es sprechen: Breitscheid und Lüdemann

### Alles tritt an!